

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Illustrierten Sonntagsbeilage 'Zeit und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Heimat', 'Frauenstimme', 'Der Arbeiter', 'Jugend-Vorwärts', 'Blitz in die Zukunft' und 'Kulturarbeit' erscheint wöchentlich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

MORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 28. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Wie der Mord geschah.

Aussagen der Verwundeten von Arensdorf. - Der Mörder hat kaltblütig gezielt!

Ganz Erkner steht unter dem Eindruck des furchtbaren Ueberfalls von Arensdorf. In vielen Häusern sieht man schwarzrote Flaggen auf Halbmast wehen, an den Straßenecken bilden sich Menschengruppen, die - trotz strömendem Regen - in erregter Weise den feigen Ueberfall auf die Erkner Reichsbannermitglieder besprechen.

Vor dem Trauerhause in der Wolfstraße, wo der erschossene Tiech wohnte, stehen die Menschen stumm und bekümmert. Gewas weiler, in dem Hause des schwerverwundeten Reichsbannermannes Ruhe aber ist ein ständiges Kommen und Gehen.

Aus den Erzählungen der verwundeten Reichsbannerleute ergibt sich ein anschauliches Bild des Ueberfalls. Die Schilderung, die einen durchaus wahrheitsgetreuen Eindruck macht, läßt erkennen, daß es sich bei der Tat der Arensdorfer Barmöller allem Anschein nach um eine vorbereitete Aktion handelt.

Unser vollbesetzter Postkraftwagen durchfuhr in der neunten Abendstunde die Ortshaupt Arensdorf, ohne daß uns zunächst etwas Besonderes aufgefallen wäre. In einiger Entfernung folgte unserem Wagen der Wädhrlige Kamerad Klemmowicz auf seinem Fahrrad.

der hinter uns allein tadelnde Klemmowicz überfallen worden war und sich in äußerster Bedrängnis befand.

Er hatte einen Stockhieb über den Kopf bekommen, verlor aber die Geistesgegenwart nicht, sondern setzte sich zur Wehr und alarmierte uns durch Rufe. Unser Abwehrleiter Schmidt gab sofort das Kommando: 'Wagen stopp. Jahn Mann herunter und den Kameraden befreien.' Im Geschwindigkeit eilten acht bis zehn von uns zurück und entrißen den über zugerichteten Klemmowicz den Händen seiner Angreifer.

gemeine, wir unsererseits begnügten uns aber damit, die Namen zweier der Dorfbewohner festzustellen. Darauf gab Schmidt die Parole aus: 'Die Sache ist für uns erledigt. Wir fahren weiter.'

Während wir nun wieder dem Auto zuwies, erlebten wir ein Schauspiel, das nach unserer Ansicht höchst bemerkenswert für den ganzen Verlauf der Vorgänge ist. Vor es schon vorher aufgefallen, daß die Ruhestörer in einer geschlossenen Gruppe und fast durchweg in Uniformen an einer ganz bestimmten Stelle des Weges gestanden hatten, und konnte man daraus annehmen, daß es sich bei ihnen um eine vorbereitete Aktion handelte, so mußte diese Vermutung zur Wahrscheinlichkeit werden, wenn man sah, wie plötzlich im Verlauf ganz weniger Minuten eine große Menge Dorfbewohner aus den Häusern und Seitenstraßen herbeiströmte und Mienen machte, über uns herzufallen. Gerade als ob sie auf ein Stichwort gewartet hätten, eilten sie mit Stöcken, Risigabeln und allen möglichen anderen Instrumenten herbei. In ihrer Mitte sah man ein Individuum mit einem Jagdgewehr. Steine und Knäuel flogen uns nach.

Unsere Gruppe hatte indessen das wartende Auto wieder erreicht.

Als sich der Wagen in Bewegung setzte, während einige Kameraden noch auf den Treifbreitern standen, fiel der erste Schuß aus den Reihen der Angreifer, dem bald weitere folgten. Die Entfernung zwischen uns und dem Schützen mochte in diesem Augenblick etwa 100 bis 150 Meter betragen.

Der auf der Landstraße zunächst nur langsam anfahrende Wagen bot natürlich ein bequemes Ziel, zumal es noch ziemlich hell war. Immerhin geht aus der großen Zahl der Treffer hervor, daß der Schütze kaltblütig gezielt haben muß. Von einer Notwehr seitens der Bewohner Arensdorfs kann natürlich nach dieser ganzen Sachlage keine Rede sein, da wir ja bereits im Wegfahren begriffen waren und die Kugeln uns aus weiter Entfernung nachgeschandt wurden.

Zum Unglück hatten wir gleich nach dem Anfahren eine Panne. Eine Kette riß, und

in den nun haltenden Wagen plähten noch ein oder zwei Treffer hinein.

Da es sich um Schrotladung größten Kalibers handelte, war die Wirkung in dem vollbesetzten Wagen eine furchtbare. Der Kamerad Tiege, einer der ruhigsten und beliebtesten unserer Gruppe, sank, als er den tödlichen Bauchschuß erhielt, sofort zu. Er ist später auf dem Wege ins Krankenhaus gestorben.

Die Erzähler sollen dann noch der Tätigkeit der Polizei volles Lob, die in relativ kurzer Zeit nach ihrer Alarmierung an Ort und Stelle war. Die Schilderung macht, wie nochmals erwähnt sei, einen vollkommen wahrheitsgetreuen Eindruck, wie auch die beiden Reichsbannerführer, die sie abgeben, gereifte und ruhige Männer sind. Man scheidet von ihnen mit der Ueberzeugung, daß die Vorfälle in Arensdorf einen ebenso feigen wie nichtswürdigen Ueberfall durch die rechtsradikalen Ortsbewohner darstellen, zu dessen restloser Aufklärung und Sühne von den zuständigen Behörden alles, aber auch wirklich alles getan werden muß.

Trockener Faschismus.

Die tschechische Verwaltungsreform als Mittel zur Errichtung des Polizeistaates.

W. N. Prag, 25. Juni.

Die mitunter noch immer im Umslande verbreitete Meinung, die tschechisch-deutsche Bürgerregierung bilde den Beginn einer neuen innerpolitischen, nach Ausgleichung der nationalen Gegensätze zustrebenden Ära, müßte nach halbjährigem Bestande dieser Regierung endlich einer Korrektur unterzogen werden. Was bei der Staatsgründung und während der Dauer der alttschechischen Koalition an den nationalen Minderheiten an Unrecht verübt wurde, ist bisher nicht zum kleinsten Teilchen gutgemacht worden, und die 'geänderte Atmosphäre', von der die deutschen Minister gelegentlich erzählen, besteht nur darin, daß die Elbe, mit der dem Polizeistaat zugestreb wird, in ein wahres Rekordtempo umgeschlagen hat. Das Parlament, schon vordem immer mehr zu einer Atrappe erniedrigt, ist durch die brutale Zuspitzung des Mehrheitsprinzips, das jedes Verhandeln mit der Opposition verweigert, zu einem einfluß- und seelenlosen Mechanismus in der Hand der Repräsentanten der tschechischen Bourgeoisie geworden; die Entscheidungen fallen nie im Parlament, sondern in den geheimen Konventikeln der Koalition. Welchen Respekt der leitende Staatsminister Schwela dem Parlamentarismus entgegenbringt, geht schon daraus hervor, daß er grundsätzlich niemals, auch nicht für Augenblicke, in den beiden Kammern erscheint. Man muß zugeben, daß Ministerpräsident Schwela zielbewußt zu Werke geht, und daß ihm der Beweis, wie auch auf trockenem Wege die Errichtung einer antidemokratischen, geradezu faschistischen Regierungsform möglich ist, mit Hilfe der deutschbürgerlichen Parteien bald rechtlich gelingen wird. Für die Einschränkung der Redefreiheit sorgt der Mautkorb der Geschäftsordnung und insbesondere die parteiische Immunitätspraxis, durch die ständig oppositionelle Abgeordnete und Senatoren der Justiz ausgeliefert werden, während gleichzeitig im Lande draußen Polizei und Staatsanwälte eifriger, als es je ihre österreichischen Vorgänger taten, durch Zeitungskontifikationen, Versammlungsverbote, Anklagen und Einkerkelungen für die nötige Seelenruhe der Bevölkerung sorgen. Unter des Herrn Schwelas Regide kam zuerst das sogenannte Terrorgesetz, ein gegen die Lohnkämpfe der Arbeiterschaft gerichtetes Gesetz zustande, dann folgte das Schußgesetz, das nicht die keineswegs und von niemand bedrohte Republik zu schützen hat, sondern der Anebelung der politischen Meinungs- und Bewegungsfreiheit dient, hierauf kam die aller Gerechtigkeit widersprechende Sprachenverordnung und schließlich setzte er aus Anlaß der Aufdeckung zahlreicher öffentlicher Skandale durch die Presse das neue Preßgesetz durch, das für die politischen Zeitungen zu einer wahren Pein geworden ist.

Alles dies verblüht aber und ist von untergeordneter Bedeutung gegenüber der eben in Verhandlung stehenden Verwaltungsreform, welche die ganze öffentliche Verwaltung in einen einzigen Polizeiapparat umzuwandeln bestimmt ist. Durch sie sind alle Hoffnungen auf Schaffung eines erträglichen nationalen Rechtszustandes auf unabsehbare Zeit hinaus begraben worden.

Als im Februar dieses Jahres die Vorlage - sie trug auch die Unterschriften der beiden deutschen Minister - an das Abgeordnetenhaus gelangte, erweckte sie in allen Kreisen Verblüffung und Erregung, die sich in kurzem zu einem wahren Volkssturm steigerte. Nur eine Partei, die nationaldemokratische, die Partei der tschechischen Finanzbourgeoisie und ihr faschistisches Anhängsel, zeigte Zufriedenheit, denn durch das Gesetz soll alle Macht in der Verwaltung von der Bevölkerung auf die hohe Bürokratie übergehen, die durchwegs im Lager der nationaldemokratischen Partei steht. Die Vorlage gewann die Zuneigung der halb- und ganzfaschistischen Elemente aber auch wegen ihrer polizeilichen Prägung, wegen der mit ihr verbundenen Beschränkung der politischen Rechte und wegen der Grundlichkeit, mit der sie mit der autonomen und lokalen Selbstverwaltung aufräumte. Dazu kam, daß die durch das Gausgesetz festgelegten zwei deutschen Gawe, die trotz mancher Mängel des Gausgesetzes wenigstens ein Stück nationaler Selbstverwaltung für die deutsche Bevölkerung ermöglicht hätten, beseitigt wurden. Statt der Gawe steht die Verwaltungsreform eine Einteilung der Verwaltungsgebiete nach Ländern und Bezirken vor, wobei nur bei dem zum großen Teil deutschen Schlesien eine Ausnahme gemacht wird, das mit dem vorwiegend tschechischen Lande Mähren zu einer Verwaltungseinheit zusammengelegt werden soll. Vom Standpunkt des tschechischen Nationalismus hat die Verwaltungsreform den Vorzug, daß nach ihr die Deutschen überall in den Landesverwaltungen eine hoffnungslose Minderheit sein werden. Um dies auch in den Bezirksverwaltungen, wo dies sonst nicht immer möglich wäre, zu erreichen, wird die Oberhoheit sowohl in den Ländern wie in den Bezirksverteilungen der Bürokratie übertragen und es wird der Grundsatz des allgemeinen, gleichen Wahlrechts durchbrochen, denn nur zwei Drittel der

Kohlenpreiserhöhung abgelehnt!

Bis auf weiteres erledigt. - Ausnahmen vom Wirtschaftsminister beanstandet.

In der Montagsitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats wurden nach eingehender Erörterung die Preiserhöhungsanträge des Ruhrkohlen-Syndikats, des Saachener Syndikats und des Niedersächsischen Syndikats abgelehnt. Angenommen wurde ein eingeschränkter Antrag des Ruhrkohlen-Syndikats, der dahin ging, nur den Mager-, Gf- und Gasflammkohlenzweigen einen Preiszuschlag von 7 Prozent zu gewähren. Der angenommene Antrag wurde jedoch von dem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandet. Die Preiserhöhungsanträge des Oberschlesischen, Niederschlesischen und Sächsischen Steinkohlen-Syndikats wurden einem Unterausschuß zur Prüfung übergeben.

Mit dieser Abstimmung der berufenen Körperschaften und der Beanstandung des Reichswirtschaftsministers für die Ausnahmen ist die Kohlenpreiserhöhung gefallen und bis auf weiteres erledigt. Die Arbeitnehmervertreter im Reichskohlenrat haben gegen die Erhöhung der Kohlenpreise gestimmt und auch die auf Antrag des Ruhrkohlen-Syndikats genehmigten und vom Reichswirtschaftsministerium ebenfalls beanstandeten Ausnahmen abgelehnt. Die Vertreter der Kohlenverbraucher scheinen nicht einheitlich abgestimmt zu haben. Selbst wenn die beschlossenen, aber ebenfalls beanstandeten Ausnahmen Geltung erhielten, wäre die wirtschaftliche Wirkung nicht sehr groß, da nach den ursprünglichen Anträgen des Syndikats Industriekohle und Koks ohnehin nicht verteuert werden sollten. Nach der scharfen Stellungnahme des Reichs-

wirtschaftsministers gegen Preiserhöhungen in Hamburg ist zu erwarten, daß er fest bleibt. Immerhin ist kaum anzunehmen, daß die Kohlenindustrie sich mit der jetzigen Ablehnung auf die Dauer abfinden wird. Kommen aber neue Preisanträge, so wird der Reichswirtschaftsminister zu bemerken haben, daß die Karenzzeit für den eventuellen Umfall länger dauern wird, als seinerzeit bei der Erhöhung der Kalkpreise.

50 000 unterstützte Arbeitslose weniger.

Es bleiben noch immer 548 000.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge betrug am 15. Juni 1927 rund 598 000 (männlich 480 000, weiblich 118 000) gegenüber rund 648 000 (männlich 523 000, weiblich 125 000) am 1. Juni 1927 und 743 000 (männlich 603 000, weiblich 140 000) am 15. Mai 1927. Der Rückgang in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1927 beträgt also rund 50 000 = 7,7 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörige) ist im gleichen Zeitraum von 726 000 auf 664 000 gesunken, um 62 000.

Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge ist in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 zurückgegangen und zwar um weitere rund 18 000. Ihre Gesamtzahl betrug am 15. Juni 1927 noch rund 208 000 (männlich 167 000, weiblich 41 000) gegenüber 226 000 (männlich 182 000, weiblich 44 000) am 15. Mai 1927.

Die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen zeigt demnach wieder einen erfreulichen Rückgang. Sie hat sich in der Zeit vom 15. Mai bis 15. Juni 1927 von 869 000 auf 806 000, also um rund 163 000 = 18,8 Prozent verringert.

Mitglieder dieser Körperschaften sollen gewählt, das letzte Drittel von der Regierung ernannt werden. Die Vorstehenden werden gleichfalls von der Regierung ernannt, nur ihr vorantworliche und geradezu mit Allmacht ausgestattete Beamte sein, so daß den Landes- und Bezirksverordnungen kaum mehr als die Bedeutung einer Dekoration zukommen wird. So dient die Verwaltungsreform dazu, die Selbstverwaltung von Grund auf zu zerstören. Gleichzeitig enthält die Vorlage Polizeibestimmungen, die weit ärger sind als alles, was es früher jemals selbst in den reaktionärsten Zeiten Oesterreichs gegeben hat. Durch die Verschärfung und gesetzliche Festlegung der aus dem Jahre 1854 stammenden kaiserlichen Verordnung, die unter dem Namen „Prügelpatent“ unruhigst bekannt ist, wird die Strafvollmacht in einem Maße gestärkt, daß damit die letzten Schranken der Polizeiwillkür niedergedrückt werden.

Die tiefe Unzufriedenheit über dieses Werk reaktionärsten Geistes verpflanzt sich bis in die Reihen der Anhänger der deutschen Regierungsparteien und der Slowaken. Die deutschbürgerlichen Parteien versuchten anfangs, verlockt von der Aussicht, durch die Wahlrechtsverschlechterung den Einfluß der Arbeiter auch in den zu bildenden Verwaltungskörperschaften zu brechen, den Sturm zu besänftigen; aber es half nichts. So mußten sie wohl oder übel von der Regierung Änderungen der Vorlage in nationaler, politischer und kultureller Hinsicht fordern. Die Vorlage wanderte aus dem Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses in die Beisitzung der Koalition zurück, von wo sie nach drei Monaten an den Ausschuß zurückgelangte. In der Zwischenzeit wurde im Parlament ein anderes, gegen die Selbstverwaltung gerichtetes Gesetz beschlossen, das die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden und Bezirke aufhebt. Es ist dies das Gesetz betreffend die Finanzgebarung der Selbstverwaltungskörper, das diese Körper, also vor allem die Gemeindeverwaltungen, unter die Vormundschaft einer Aufsichtsbehörde stellt und ihre Steuerrechte auf ein Minimum einschränkt, um sie an der Erfüllung ihrer sozialpolitischen und humanitären Aufgaben zu hindern.

An dem Entwurf der Verwaltungsreform sind einige Veränderungen vorgenommen worden, aber er ist ein solches Monstrum, eine solche Ausgeburt tollwütiger Reaktion, daß die vorgenommenen Änderungen in ihrer Wirkung auf das Ganze nur der Wirkung von Schönheitspflästerchen gleichkommen. Die Fassade ist ein wenig ausgebessert, das Innere aber unberührt geblieben. Der Charakter des Gesetzes als der einer Maßnahme, durch die der gesamte Verwaltungsmechanismus der tschechischen Bureaucratie in die Hände gespielt und die autonome Verwaltung, welche die erste Voraussetzung für einen nationalen Ausgleich wäre, erdrückt wird, dieser Charakter hat keine Veränderung erfahren. Sogar eine außerhalb des politischen Betriebes stehende Körperschaft, der kürzlich stattgefundenen Deutsche Juristentag, hat vor der Verwaltungsreform, wie sie geplant ist, gewarnt, hat sorgfältige Vorbereitung und die vorherige Anhörung von Theoretikern und Praktikern des Verwaltungsrechts und der beteiligten Interessentkreise verlangt, was alles nicht geschehen ist. Unter Hinweis darauf, daß die neue Organisation der Verwaltung das friedliche Einvernehmen aller Staatsbürger im Sinne der verfassungsmäßig zugesicherten Gleichberechtigung zum Ziel haben muß, hat der Deutsche Juristentag die Schaffung tunlichst einheitlicher, national getrennter Verwaltungskörper und Verwaltungsorgane, ferner die volle Wahrung und Sicherung der Sprachenrechte der nationalen Minderheiten verlangt und er hat betont, daß der vorliegende Entwurf diese Forderungen nicht erfüllt. Aber auch die tschechischen Juristen haben über den Entwurf ein vernichtendes Urteil gefällt. Die Abgeordnetenkammer für Böhmen hat der Regierung ein Memorandum überreicht, in dem die der oft jungen und lebensunreifen Beamenschaft durch die Verwaltungsreform erteilten Vollmachten als für die Bevölkerung gefährlich erklärt werden, wie überhaupt das Gesetz — so heißt es

wörtlich — eine „Rückkehr in die Zeiten des allerschrecklichsten Druckes eines Polizeistaates“ bedeute.

Bei alledem machen die deutschbürgerlichen Parteien mit. Die Hoffnung, daß die tschechisch-deutsche Koalition die Profitinteressen des Bürgeriums wahren und die Sozialpolitik abzubauen werde, macht sie taub gegen alle Vorstellungen. Die Benützung an der sozialen und politischen Unterdrückung läßt sie über die nationale Unterdrückung hinwegsehen. Die Opposition gegen das Gesetz ist eine geringe, der Abwehrkampf wird allein von der Sozialdemokratie geführt. Der trottsche Faschismus etabliert seine Herrschaft in der tschechoslowakischen Republik. Wer dies zuerst und am stärksten zu beklagen Anlaß haben wird, das wird das deutsche Bürgertum und seine politischen Parteien sein, für die weder der Dank vom Hause Schweppla noch die Abrechnung durch die deutsche Wählerschaft ausbleiben wird.

Obstruktion gegen Durchpeitschung.

Prag, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Heute nachmittag kam es im Parlament bei der Eröffnung der Debatte über die Verwaltungsreform, durch welche im früheren Gangegehe enthaltenen Ansätze einer gewissen Selbstverwaltung für die Minderheit in den Bezirken und Gauen restlos vernichtet und die Gewalt der Bureaucratie ins Ungemessene gesteigert wird, zu heftigen Krawallszenen. Trotz der Einwände der Opposition, die Vorlage nicht zu überlegen, beharrte die Koalition darauf, die Vorlage in wenigen Tagen zu erledigen. Die Opposition, namentlich die deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten beantragten dies Vorgehen mit einem scharfen Proteststurm, der sich in einem ununterbrochenen Pulddekonzert, Pfeisen, Trompeten und Zwischenrufen äußerte. Dieser Lärm dauerte eineinhalb Stunden an, solange als der Referent Dr. Kramarsch sein Referat zu halten sich bemühte.

Für Abbau des Mehlszolls.

Sozialdemokratischer Antrag im Reichstag.

Durch den Ablauf des deutsch-französischen Handelsvertrages droht eine wesentliche Verteuerung des Mehl- und Brotpreises. In dem bisherigen französischen Handelsvertrag betrug der Zoll 11,50 M. Nach Ablauf des Vertrages vom 1. Juli steigt er auf den Satz von 12,50 M., den die Rechtsmehrheit des Reichstages vor einiger Zeit gegen den Willen der Sozialdemokratie beschlossen hat. Um das zu verhindern, hat die Sozialdemokratie im Reichstag den Antrag eingebracht, den Satz wieder wie früher auf 10,50 M. für den Doppelzentner festzusetzen. Da Elle geboten ist, ist am Schluß der gestrigen Reichstagsitzung auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen worden, diesen Antrag in der Dienstsitzung dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstages zu überweisen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird die Vorlage der Regierung über die Zolländerungen noch in dieser Woche im Reichstag behandelt werden.

Um den Mieterschutz.

Preußen gegen das Reich. — Ein Erfolg der Weimarer Koalition.

Die bestehende Mieterschutzgesetzgebung läuft am 1. Juli ab. Die Bürgerblockregierung hat nicht die Absicht, den bisherigen Zustand aufrechtzuerhalten. Sie will den Mieterschutz abbauen. Erfolg der durch die Kündigung ausgeprochene Räumungszwang bis jetzt erst nach der Bestätigung durch ein gerichtliches Urteil, so soll nach den Absichten der Reichsregierung zukünftig die einfache Kündigung genügen, um den Mieter auf die Straße zu setzen. Einer der wichtigsten Teile des Mieterschutzes würde damit beseitigt werden.

Die preussische Regierung und damit die Weimarer Koalitionsparteien dürfen es sich als

ein Verdienst anrechnen, den Anschlag der Bürgerblockregierung auf die Mieter vorläufig abgewehrt zu haben. Auf Antrag der preussischen Regierung hat der Reichsrat die unterbreitete Abänderung des Kündigungsrechts abgelehnt und die Reichsregierung genötigt, die Vorlage zunächst zurückzuziehen und, um das Chaos eines vertragslosen Zustandes zu vermeiden, von sich aus eine provisorische unerbänderte Fortdauer der geltenden Bestimmungen um einen Monat zu beantragen. Der Reichsrat hat sich gestern damit einverstanden erklärt, der Reichstag wird sich dem wahrscheinlich heute anschließen.

Eine Niederlage der Reichsregierung, eine empfindliche Blamage. Sie muß vor der Öffentlichkeit zugestehen, daß sie dank ihrer sozialen Rücksichtslosigkeit und ihres taktischen Ungehorsams die Gefahr eines Chaos in der Mieterfrage heraufbeschworen hat. Aber die mieterfeindlichen Pläne der Reichsregierung sind damit noch nicht endgültig erledigt. Sie wird dem Reichstag zugleich mit dem Antrag auf provisorische Verlängerung sowohl ihre bisherige Vorlage als auch den Standpunkt des Reichsrats, der sich für eine lückenlose Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes ausspricht, unterbreiten.

Die Herren um Hergt, Schiele und Reudell hoffen offenbar, die Bürgerblockmehrheit im Reichstag gegen den Reichsrat auszuspielen zu können. Sie provozieren einen Konflikt mit dem Reichsrat, sie scheuen nicht davor zurück, nach Ablauf der Verlängerungsfrist wieder mit leeren Händen dazustehen und so das Tohuwabohu in der Mieterfrage zu schaffen.

Der preussischen Regierung und den Parteien der Weimarer Koalition ist es gelungen, die erste Attacke auf die schutzbedürftigen Mieter abzuschlagen. Ihre Aufgabe wird es bleiben, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen.

Verlängerung um sechs Monate?

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Nach dem Bekanntwerden der Absichten der Reichsregierung haben noch einmal Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Regierung stattgefunden. Es verlautet, daß man dabei zu dem Ergebnis gekommen sei, die Verlängerung der Mieterschutzgesetze zunächst um sechs Monate vorzuschlagen. Man hat also anscheinend eingesehen, daß die Wachsamkeit der Sozialdemokratie im Interesse der Mieter die Verschlechterung des Mieterschutzes sehr erschwert und die Regierungsparteien unter Umständen gegenüber ihren eigenen Anhängern angeht, die nächsten Reichstagswahlen in eine schwierige Lage bringen wird. Die Sozialdemokratie verlangt die Verlängerung der Mieterschutzgesetze in unveränderter Form für zwei Jahre.

Finanzkrise in Bayern.

Zusammenbruch der Gemeinden.

München, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reihe gemeindlicher Körperschaften in Bayern, vor allem die Bezirke, die unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch stehen, wodurch allein Tausende gerade der ärmsten Volksgenossen, die der öffentlichen Fürsorge zugewiesen sind, aufs schwerste betroffen und dem nackten Elend preisgegeben werden, haben in mehreren Fällen bereits die Zahlungsunfähigkeit der Bezirke erklärt, in anderen haben Bezirke, um ihre Fürsorgeverpflichtungen einhalten zu können, zu ungesetzlichen Maßnahmen gezwungen. Da diese gefährliche Situation vor allem durch die fortwährende Verzögerung der Vorlage des innerbayerischen Finanzausgleichs (Regelung zwischen Staat und Gemeinden) durch die bayerische Regierung selbst heraufbeschworen wurde, versucht die sozialdemokratische Fraktion durch eine im Landtag eingebrachte Interpellation die Regierung zur Entscheidung zu bringen. Die katastrophale Lage der gemeindlichen Körperschaften in Bayern ergibt sich allein aus der Tatsache, daß 58 reichsunmittelbare Städte seit der Stabilisierung, also innerhalb dreier Jahre, eine Gesamtverschuldung von 360 Millionen Goldmark aufweisen.

Der Sensationsprozeß.

Von Hans Bauer.

Es gibt mannigfache Wege, sich in das Herz eines Volkes zu schmeicheln. Eine völlig aussichtslose Sache ist natürlich wissenschaftliche und sonstige allgemeinnützige Arbeit. Einfacher ist schon ein Flug über den Ozean oder eine andere verbüßende Sportleistung. Am raschesten und bequemsten reistieren aber noch immer Frauen, die ihren Mann um die Ecke bringen. Selbstverständlich gelten auch hier gewisse Vorbedingungen. Beispielsweise darf die Auktäterin kein von der Natur vernachlässigtes und den niederen Ständen angehörendes Menschenkind sein, das etwa, aus allen Herzensmühen blutend, sich um ihr bißchen Lebensglück betrogen sah und sich in ein paar verzweifelten Minuten zu einer Mordtat hinreißend ließ. So etwas kommt mit ein paar Zeilen in die Lokalchronik, und da handelt es sich um eine gewöhnliche Eifersuchtsstragödie ohne alle Komplikationen. Ganz anders wird die Sache, wenn eine Dame der Gesellschaft wie Frau Grosavescu zum Revolver greift. Ihre Tat verhält sich zur entprechenden Tat eines Arbeitermädchens wie das Pistolenduell zum gemeinen Kaufhandel: aus einem kriminellen Vorgang ist eine psychologische Sensation geworden.

Was ist doch diese Frau Grosavescu für ein kleiner, zerfahrener, unsympathischer Mensch! Keine gigantische Leidenschaft hat in ihr gelodert, die das Unverzeihliche verständlich hätte machen können. Sie hatte nicht die mindesten Bedenken, ihren ersten Mann zu verlassen, als sie Appetit auf einen anderen bekam, und hielt ihn nur noch für gut genug, ihr eine halbe Stunde vor der neuen Hochzeit eine größere Summe vorzutreiben, damit sie für ihren zweiten Mann Kleidung kaufen könne. Ihr zwölftes Tage altes Kind verließ sie trotz aller Warnungen der Ärzte. Sie war herrschsüchtig, tyrannisch, heimtückisch, knallte den angeblich so geliebten Mann hinterrücks nieder, nur weil er sie nicht mit nach Berlin nehmen wollte, und brachte nicht einmal im Gerichtsjaal die heroldsche Gebärde des aus Liebesehrfurcht zur Mörderin gewordenen Weibes auf. Sie schwärzte, fleischlich-schäbig, den Gemordeten an, um sich zu entlasten. Alles an dieser Frau ist depressiv. Kein einziges großes, befreiendes Wort entströmte ihr. Väterlich, mit welcher Verbissenheit sie Wert auf die Meinung der Umwelt legte, daß sie vor ihrer Heirat mit Grosavescu niemals „in intimen Situationen“ mit ihm angetroffen worden sei. Häßlich, wie sie ihre vermeintliche Nebenbuhlerin verächtelichte! Das ist in jeder Hafer ein wildgewordenes Steinbürgerweib, ohne alle Tiefe, ohne allen Sturm der Gefühle, und wäre sie nicht gereizt und launisch, so wäre sie harmlos und reputierlich. Diese Frau hat niemals ernste Lebensfragen gehabt, die ihr die Empfindselen vermutlich ausgehrieben hätten. Ein gelangweiltes Bourgeoisdämchen, hohl, grillig, selbstsüchtig, unbefähigt von Verantwortung, vergriff sie sich ohne Notwendigkeit an einem Leben, das wertvoller war als ihres. Aber das alles ist gerade die rechten Eigenschaften,

um die Heldin des Sensationsprozeßes zu werden. Man hat im Wiener Gerichtsjaal Psiu gerufen, als ein Zeuge gegen Frau Grosavescu aussagte, und man hat hoch gerufen, als sie freigesprochen wurde. Eben das Publikum, das sich den Teufel darum schert und es ganz in der Ordnung findet, wenn etwa ein schlichtes, verflümmertes Ding für lange Zeit ins Zuchthaus wandern muß, weil es, in grenzenloser Verzweiflung, ihr Reingeborenes umgebracht hat, das hat längst für verschüttet gehaltene Winneinstimme wach werden gefühlt und einen stumpfen, herzlosen Nord romantisch interpretiert.

Wir aber wissen, daß solche urteilslose Barteinahme für eine hysterische Frau und die Verniedlichung ihrer Untat nur die galante Nebenrolle des bössartigen Spielers ist, der seine Weigerung, der Frau prinzipielle Gleichberechtigung mit dem Mann einzuräumen und sie als Gefährtin anzuerkennen, durch ihre gelegentliche Bevorzugung und Verhimmelung wettmachen zu können glaubt.

Siebenschläfer!

Der Tag der Siebenschläfer — 27. Juni — wird allgemein mit Bangen erwartet, da eine alte Bauernregel besagt, daß es sieben Wochen hintereinander regnen muß, wenn es am Tage der Siebenschläfer regnet. Dieser Tag ist aber nicht halb so schlimm, wie der Volksglaube haben will, denn tatsächlich liegt nicht die geringste Veranlassung dazu vor, daß der Regen an dem Tage dieser sieben Heiligen sieben Wochen Regen bringen muß. Der Ursprung dieses Glaubens, daß es sieben Wochen regnen muß, wenn es am Tage der Siebenschläfer regnet, ist auf den „Ewigen Kalender“ zurückzuführen, den der Bamberger Abt Mauricius Knauer im Jahre 1654 fertiggestellt hatte. Diesen Kalender benutzte im Jahre 1701 Christus von Hellwig, um aus ihm einen hundertjährigen Kalender zu machen, in dem er Wetterprophetieungen festlegte, die sich meist auf alte Bauernregeln stützten. Auf diese Weise entstanden eine Menge charakteristischer Tage, die angeblich für die kommende Bitterung von entscheidendem Einfluß sind. Da sich an diesen Tagen das „Los“ der kommenden Wochen entscheidet, so nennt man sie Postage. Der Ursprung dieses Glaubens geht bis in die ältesten Zeiten zurück, denn man findet schon in Indien ähnliche Anschauung. Der 100-jährige Kalender ist eine Zusammenfassung aller dieser Bauernregeln, die im Laufe der Jahrhunderte im Volksmunde entstanden sind und noch heute vielfach als maßgebend angesehen werden. Zu den bekanntesten Postagen gehören die Tage der „drei Eiseheiligen“, die ja, wie wir wissen, nicht zu Unrecht ihren Namen führen. Die anderen Postage aber haben einen durch nichts begründeten Ruf, denn die meteorologische Wissenschaft weiß nichts davon, daß diese Tage tatsächlich weiterbestimmend sind. Die Wetterlage ist augenblicklich höchst unregelmäßig. Da die sieben Wochen, die auf die Siebenschläfer folgen, die Reizzeit darstellen, so wird das Wetter an dem Tage der Siebenschläfer von Millionen Menschen mit besonderer Furcht erwartet. Darum ist die Feststellung erfreulich, daß der Glaube an die Siebenschläfer trügerisch ist.

Das 250-jährige Jubiläum der Universität wurde in Innsbruck feierlich begangen.

Der preussische Gesamtatalog. Das Fehlen einer deutschen Zentralbibliothek, wie sie Frankreich und England besitzen, ist oft beklagt worden, und man hat schon früher erkannt, daß diesem Mangel nur durch das Schaffen zentraler Kataloge abgeholfen werden könne. Goethe erzwang schon den Plan, einen Gesamtatalog der thüringischen Bibliotheken zu schaffen. Treitschke war es, der 1884 einen deutschen Gesamtatalog forderte; aber bei dem Versuch, diesen Plan durchzuführen, scheiterte die Bewirtlichung an den Bedenken der außerpreussischen Länder, besonders Bayerns. So mußte man sich denn damit begnügen, die Schaffung eines Gesamtatalogs der sämtlichen preussischen Staatsbibliotheken in Angriff zu nehmen. Diese Arbeit wird jetzt seit einem Vierteljahrhundert gefördert, und sie ist nun soweit gediehen, daß an den Druck des Gesamtatalogs herangegangen werden kann. Ueber den Abschluß der Vorarbeiten berichtet Bibliotheksrat Dr. Krabbe im Buchhändler-Börsenblatt. Die Grundlage der ganzen Arbeit bildete der Zettelatalog der Berliner Staatsbibliothek, der abgeschrieben werden mußte, worauf die Abschriften bei den übrigen Bibliotheken zur Ergänzung in Umlauf gesetzt wurden. Sämtliche Sendungen von A bis Z sind jetzt zurückgekehrt, mit Ausnahme einer einzigen außerordentlichen Sendung, dem Abschnitt „Luther“, und durch die Geschäftsstelle bei der Berliner Staatsbibliothek bearbeitet worden. Diese etwa 2 1/2 Millionen alphabetisch geordneten Zettel des Gesamtatalogs bilden ein bibliographisches Hilfsmittel allerersten Ranges und bieten die Grundlage für die Arbeit des Musikbibliothekars der deutschen Bibliotheken, durch das alles Anfragen nach seltenen Werken erledigt werden. Von 10 000 solcher Nachfragen im letzten Jahr konnten fast 8000 positiv beantwortet werden. Um diese gewaltige Arbeit auch einem größeren Kreise zugänglich zu machen, soll nach Erledigung einiger noch notwendiger Vorarbeiten mit dem Druck des ersten Bandes begonnen werden.

Die Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hielt in Dresden ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Es wurde eine Entschliessung angenommen, in der die Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht wird, daß alle öffentlichen und privaten Stellen sich die Förderung der Wissenschaften mindestens in gleichem Maße wie bisher angelegen sein lassen möchten. Dann hielt Prof. Dr. Baur-Berlin einen Vortrag über die experimentelle Erzeugung leistungsfähiger Rassen unserer Kulturpflanzen. Er wies darauf hin, daß die Tragfähigkeit unserer Kulturpflanzen noch ganz erheblich gesteigert werden könne. Schon eine sicherlich erreichbare Ertragssteigerung unserer Getreidearten um 10 Proz. bedeutet für Deutschland eine Mehreinnahme von 500 Millionen Mark im Jahr. Es handelt sich hierbei also um ein Problem von allergrößter volkswirtschaftlicher Bedeutung. Außer der Züchtung von Kombinationen weisen die Fortschritte der Vererbungswissenschaft noch andere neue Wege, wie die experimentelle Erzeugung von Riesenformen. Hier weiter zu arbeiten würde die ausschließliche Aufgabe des geplanten Forschungsinstitutes für Züchtungszustände sein.

Das Ehevergnügen in Mexiko. Die mexikanische Regierung hat eine Verordnung erlassen, durch die das Ehevergnügen obligatorisch gemacht wird. Kein Standesamt darf künftig eine Eheschließung vornehmen, ohne daß zusammen mit den sonst erforderlichen Papieren eine Bescheinigung einer amtsärztlichen Stelle über die zureichende Gesundheit der Ehepaare vorgelegt wird.

Selbsterniedrigung der Republik

Genosse Rossmann über die Pension der Putschisten.

Der Reichstag beriet gestern unter anderem über den von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzentwurf auf Kürzung der Versorgungsgebühren bei besonders hohen Nebeneinkommen und Änderung des Republikstufengesetzes, wodurch die Streichung von Bezügen bei der Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen herbeigeführt werden soll.

Abg. Knoll (S.) als Berichterstatter des Ausschusses empfiehlt die Ablehnung des zweiten Teils des Antrages, da hierfür keine Notwendigkeit mehr bestehe. Der andere Teil soll bei der Neuordnung der Beförderungsordnung verhandelt werden.

Abg. Rossmann (Soz.)

weist auf den Zweck des sozialdemokratischen Antrags hin, soweit er im Ausschuss bisher behandelt worden ist. Es soll dem Stempel ein Ende gemacht werden, daß Beamte und Militärpersonen die an hochverräterischen Unternehmungen teilgenommen haben, noch mit hohen Bezügen belohnt werden. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Fälle zu verzeichnen.

Traugott v. Jagow, der wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 5 Jahren Festung verurteilt worden ist, hat Klage auf Zahlung von Pension angestrengt aus seiner früheren Stellung als Berliner Polizeipräsident, die jetzt beim Reichsgericht schwebt.

General v. Lüttich, Reichswehrminister und Oberbefehlshaber während des Rapp-Putsches erhält eine Pension von 18 000 Mark.

Kapitän Eberhard ist mit voller gesetzlicher Pension entlassen worden, er bezieht mehrere tausend Mark im Jahre.

Hauptmann Pabst, der persönliche Adjutant Rapps bezieht 4 500 Mark.

Oberst Bauer, eine führende Persönlichkeit beim Rapp-Putsch 9 000 bis 10 000 Mark jährlich.

General v. Lottow-Forbeck, gegen den ein Verfahren eingestellt worden ist, erhält 18 000 Mark.

Die Frau des Putschisten Rapp bezieht noch heute eine Rente.

Oberleutnant Rohbach, der Rapp-Putschführer in der Provinz,

Kapitän v. Loewenfeld,

Kontreadmiral Cewechow,

Oberpräsident August Wianig, alle am Rapp-Putsch beteiligt, erhalten hohe Pensionen.

Herr Böhmner, der wegen Beteiligung am Hitler-Putsch 5 Jahre Festung erhalten hat, bezog bis zu seinem Tode im April 1925 immer noch 3/5 seines Gehalts, trotzdem das Disziplinargericht in seinem Verhalten eine schwere Verletzung der Amtspflicht sah.

Reichstagsabgeordneter Dr. Feid, der Beihilfe zum Hochverrat geleistet hat, erhält heute noch die Bezüge seines Amtes.

Oberleutnant Kriebel, **Hauptmann Köhn** erhalten gleichfalls ihre früheren Gehaltsbezüge.

Unser Herr ist auch der Fall des **Generals v. Lottow**. Am 23. Oktober 1923 hat General Seekt in einem Rundtelegramm an alle deutschen Wehrkreisbefehlshaber den General Lottow der Weiderei und des bewaffneten Hochverrats gegen das Reich bezeugt. Gegen diesen Mann ist kein Verfahren eingeleitet worden, er bezieht heute noch 18 000 Mark Pension. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Wir haben schließlich noch den **Major Buchrufer**, den Führer des Kärntner Putsches, den **Kapitänleutnant a. D. Hoffmann**, den **Hauptmann Seydel**, die Leutnants **J. See** und **D. Waldenius** und **Reiner**, die sämtlich wegen Hochverrats zu Festung verurteilt worden sind, bisher ist noch nichts davon bekannt geworden, daß diesen Herren irgend etwas von ihren früheren Bezügen gekürzt worden ist.

Wie weit die Republik geht, ihre Lobfeinde zu alimentieren, zeigt der Fall des **Freibannmeisters Ulrich Graf** in München. Graf, der Vertraute Hitlers und in alle Wege Eingeweihter, wurde bei dem harmlosen Spaziergang über dem Odeonsplatz in München, der in der Geschichte als **Hitlerputsch** weiterleitet, am 9. November 1923 an Ober- und Unterhaken verurteilt, weil er im Niederwerfen auf die Erde nicht so gewandt war, wie die anderen berühmten Zeitgenossen, die sich in seiner Begleitung befanden. Schon am 20. 12. 1923 fragt das Krankenhaus an, ob das zu fällige Versorgungsamt bereit sei, die täglichen Kosten von 3,25 M. zu übernehmen, worauf das Versorgungsamt antwortet, daß dem Graf anheimzustellen sei, einen Antrag mündlich oder schriftlich zu stellen. Falls der Antrag, so heißt es weiter, schriftlich gestellt wurde, müßte in demselben zum Ausdruck gebracht werden, ob er als „Unbeteiligter“ oder als Beteiligter die Verwundungen erlitten habe. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Der Antrag wird darauf gestellt

und schon am 11. 1. 1924 werden die Verwundungsfolgen des Grafen als Dienstbeschädigung anerkannt. (Sturm, hört, hört! links.)

Auf Grund dieses Erkenntnisses wurde Graf eine Erwerbsbeschränkung von 60 Proz., eine laufende Rente von 40 Mark monatlich, dazu Frauen- und Kinderzulage, sowie das Recht auf freie Heilbehandlung auf Kosten des Staates zugewilligt, soweit sie durch die Verwundung erforderlich wird. Graf kann, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, Kuraufenthalt erhalten, seine Angehörigen erhalten Sterbegeld, sie haben Anspruch auf Hinterbliebenenrente und Graf selbst hat für sich den Schutz des Gesetzes zum Schutze der Schwerkranken erlangt.

Um diese Belohnung putschilliger Heidenlaten zu rechtfertigen, wurde auf Grund des Kriegspersonalstrafgesetzes, der Hitler-Putsch als ein mit dem Kriege im Zusammenhang stehendes Ereignis anerkannt, obwohl er sich erst 5 Jahre nach dem Kriege vollzog.

Für die Witwe des rücksichtslos ermordeten **Eisner**, der wenige Wochen nach Beendigung des Krieges sein Leben für die Republik lassen mußte, hat der Staat keinen Pfennig Pension übrig. Verblüffend sind die Toleranz und die Schnelligkeit, mit der im Falle Graf gearbeitet wurde. Sie unterscheiden sich vorteilhaft von dem verzweifelten Kampf, den wirkliche Kriegsbeteiligte, Witwen und Waisen, arme und zusammengedrückte Eltern um ihre bescheidene Rente führen müssen. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soz.) Kleinen Beamten, die im Dienste geringfügiger Vergehen (schuldig geworden sind, wird trotz jahrzehntelanger vorwurfsfreier Dienste sehr häufig die Pension auf Lebenszeit entzogen. Von der Empörung des Volkes über diese Dinge haben Sie (nach rechts) keine rechte Vorstellung, sonst würden Sie es nicht wagen, unsere Vorschläge abzulehnen.

Immer wieder erhebt das Volk die Frage, wie lange will sich die Republik von solchen Herrschaften noch auf der Nase herumtanzen lassen? Geht der Respekt von den wohlverordneten Rechten tatsächlich bis zur Selbsterniedrigung der Republik?

Das Wort: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre, gilt nicht nur für die Nation, sondern auch für die Staatsform. Keine Partei will wenigstens durch Antrag und Abstimmung zum Ausdruck bringen, daß Ehre, Würde und Rechtsgefühl des Volkes gleichermäßen gebieterisch verlangen, solchen skandalösen Zuständen für die Zukunft vorzubeugen. (Leb. Beif. b. d. Soz.)

Auf Antrag des Abg. **Dittmann** (Soz.), der darauf hinweist, daß diese Einzelheiten dem Ausschuss nicht bekannt gewesen seien, wird der Initiativentwurf an den Ausschuss zurückgewiesen.

Ueber den weiteren Verlauf der Reichstagsitzung berichten wir in der Beilage.

Dauder bleibt weiter unauffindbar. In der Presse mehren sich die Stimmen, die den Rücktritt der tödlich blamierten Regierung fordern.

Die **Aufgewerkschaftsvorlage** vor dem Oberhaus. Die britische Gewerkschaftsvorlage erfuhr heute im Oberhaus ihre erste formelle Behandlung.

Reichsbannerleute - Freiwild?

Die reaktionäre politische Justiz ist schuld an der Krensdorfer Bluttat!

Lassen wir die Tatsachen für sich sprechen:

Am 25. April 1925 wurde der Reichsbannermann **Schulz** von der Kameradschaft Berlin-Kreuzberg, der an einem Propagandazug für den Reichspräsidentenstandkandidaten **Marg** mitwirkte, durch einen jugendlichen Anhänger der Kandidatur **Hindenburg** erschossen. Der Mörder **Rehning**, der, kaum 20jährig, einen Waffenschein besaß, wurde später freigesprochen, weil er angeblich in der Notwehr geschossen hatte. Dieser, den Berliner Republikanern ganz besonders geläufige Fall ist aber nur ein Glied in der Kette der Freisprüche, durch die die schwarzweißen Mörder von Reichsbannerleuten in ganz Deutschland die schützende Hand der Justiz kennengelernt haben.

Wir erinnern an die Ermordung des Reichsbannermannes **Wolter** in Rostock im September 1924 und an den ein Jahr später erfolgten Freispruch des Täters.

Wir erinnern an die Ermordung des Reichsbannermannes **Goldmar** in Oberberg am 9. Mai 1925 durch zwei Studenten der Fortbildungsschule in Eberswalde und Mitglieder des **Berwölfs**, die natürlich freigesprochen wurden.

Wir erinnern an die Erschießung des Reichsbannerkameraden **Erdmann** in Düsseldorf durch den Stahlhelmer **Bobis** am 28. Juli 1926 und an den Freispruch des als gewalttätig berüchtigten Mörders.

Wir erinnern endlich abermals an die Ermordung des Reichsbannerkameraden **Doktor** in Breslau am 29. August 1926 durch den Stahlhelmmann **Magiera**, der ebenfalls freigesprochen wurde.

In allen diesen Fällen machte sich das Gericht bereitwillig die These der Notwehr zu eigen, wobei die unmöglichsten Tatbestandskonstruktionen herhalten mußten, um zu einem Freispruch zu gelangen.

So ergibt sich die erschütternde Tatsache, daß in allen fünf Fällen, wo Mitglieder des Republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von Reaktionen erschossen wurden, der Täter jedesmal freigesprochen wurde!

Wenn nun immer wieder „Notwehr“ vom Gericht anerkannt wurde, so müßte man doch annehmen, daß die Mitglieder des Reichsbanners als besonders gewalttätige und gefährliche Menschen berüchtigt seien, die schon manche Bluttat auf dem Gewissen hätten. Nun: Man nenne uns einen einzigen Fall, wo ein Reichsbannermann, sei es mutwillig, sei es in katastrophischer oder peremptorischer Notwehr, einen Gegner getötet hätte. Man wird keinen solchen Fall anführen können, weil so etwas überhaupt noch nicht vorgekommen ist, seitdem das Reichsbanner besteht.

Wohl hat es oft an den verschiedensten Stellen des Landes Schlägereien mehr oder minder erster Natur gegeben, an denen das Reichsbanner beteiligt war. Aber, obwohl in den meisten Fällen nach den Bekundungen zuverlässiger Augenzeugen die Republikaner angegriffen worden waren, ist immer gegen sie und hauptsächlich gegen sie, Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben worden. Und selbst dann, als diese Anklage im Laufe der Beweisaufnahme förmlich zusammenbrach, wie in **Striegau**, in **Grovesmühlen** und in **Hoffelsfelde**, wurden harte Urteile gegen die Reichsbannerleute gefällt; und nur dann, wenn es eben nicht anders ging, wurden auch einige Reaktionen, gewissermaßen als Angelegenheitschulden, mit verurteilt.

Diese Art von politischer Justiz müßte geradezu zu der Bluttat von **Krensdorf** führen, und sie wird unweigerlich noch weitere Verbrechen zur Folge haben, wenn nicht endlich einmal ein Exempel statuiert wird.

Bisher hat es aber den Anschein, als ob nicht einmal im Falle **Krensdorf**, wo nicht die Spur einer Provokation durch das Reichsbanner vorhanden ist, sondern umgekehrt alle Anzeichen für

einen kaltblütig verabredeten Mordüberfall sprechen, die Justiz mit der notwendigen rücksichtslosen Energie vorgehen wird. Wohl hat der Justizminister einen Ministerialrat nach **Frankfurt a. D.** entsandt, um die gerichtliche Untersuchung zu verfolgen. Dennoch wagt es der Untersuchungsrichter, die beiden jungen **Pravotatoren Hoffmann** und **Jemke** bereits nach 24 Stunden aus der Haft zu entlassen, weil sie keine unmittelbare Schuld an der Mordtat tragen sollen! Gibt es denn den Begriff der Verdunkelungsgefahr gegenüber **Berwölfen** nicht mehr? Nachdem festgestellt worden ist, daß schon vor Jahresfrist in derselben **Dritschow** **Krensdorf** Reichsbannerleute überfallen worden waren, nachdem am **Sonnabend** innerhalb weniger Sekunden die Hälfte der dortigen Bauernschaft in Kampfstellung gegen die zum Schutze ihres angegriffenen Kameraden herbeigeeilten Reichsbannerleute zusammengekauert war, liegt der Verdacht überaus nahe, daß es sich hier um ein sorgfältig vorbereitetes Spiel mit verteilten Rollen handelte, wobei **Hoffmann** und **Jemke** durch die Anrempelung des **Kabfahrers** den **Anfang** und der **Gutsbesitzer Sohn Schmelzer** — als glücklicher Besitzer eines frisch ausgestellten „**Sagbchines**“ — den blutigen Abschluß machen sollten. Es ist geradezu unverständlich, wie man noch mitten während der Untersuchung die beiden Erstbeteiligten wieder auf freien Fuß setzen konnte. Soll dies der Auftakt zu einer neuen Justiskomödie werden, zu einem neuen Fall **Rehning**, **Bobis** oder **Magiera**?

Indessen trägt nicht allein die Justiz ihr gerüttelt Maß von Schuld an diesen immer wiederkehrenden Ermordungen von Republikanern. Auch die politischen Parteien und Verbände, deren Anhänger und Wähler die Mörder sind, auch die schwarzweißen Blätter sind an diesen Verbrechen im höchsten Grade mitschuldig. Denn sie sind es, die die niederrichtigste Hege gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seit seiner Gründung betreiben, weil sie wissen, daß eben diese Gründung, durch die Millionen von Republikanern einen festen, überparteilichen Zusammenschluß gefunden haben, den putschistischen Plänen der Reaktion einen unüberwindlichen Damm entgegengestellt hat. Die **Krensdorfer Mordtat** ist bezeichnend für den Grad der Verheerung, die in weiten Gegenden Deutschlands grassiert. Es ist kein Zufall, daß diese Bluttat in jenem Wahlkreis **Frankfurt a. D. Ober** geschehen ist, wo das **Ostfeldertum** in seiner brutalesten Spielart das **Schwarz** Land beherrscht. Von den Zuständen in dieser Gegend haben die Enthüllungen über den Fall **Treskow**, in dem der jetzige Reichsinnenminister von **Reudell** eine höchst unrühmliche Rolle spielt, einen deutlichen Begriff gegeben. Wer wird leugnen wollen, daß die **Krensdorfer Berwölfe**, die das **Blutbad** angerichtet haben, Wähler der **Deutschnationalen Volkspartei** sind — denn für wen sonst sollten sie bei den Wahlen ihre Stimme abgeben?

Als kürzlich in **München** ein **Hitlerianer** erschlagen wurde, da verbot die bayerische Regierung in letzter Stunde den Republikanischen Tag des Reichsbanners, obwohl sie selbst zugab, daß kein Reichsbannermann an dieser Tat beteiligt war. Solche amtlichen Verbote tragen natürlich ebenfalls dazu bei, die Stimmung der Rechtskreise in ganz Deutschland gegen das Reichsbanner anzufachen. Hat der Reichsinnenminister **Reudell** auch nur einen Finger gerührt, um gegen die **Rechtsprechung** der Republikaner in Bayern Einspruch zu erheben? **Nein!** Er hat vielmehr seine tiefe Sympathie für den bayerischen **Barikadismus** belundet. Währenddessen schienen in seinem Wahlkreis die aufgebehten **deutschnationalen Wähler** Republikaner tot — Republikaner, deren größtes Verbrechen darin besteht, daß sie vor zwei Jahren Propaganda für die Reichspräsidentenwahlkandidatur des jetzigen Reichskanzlers **Marg** machten.

Attentat in Moskau.

Der Vorsitzende des Kriegstribunals schwer verwundet.

Riga, 27. Juni. (TL.) Wie aus Moskau gemeldet wird, ist am Sonnabend während einer Sitzung des Kriegstribunals ein Attentat auf dessen Vorsitzenden **Orlow** verübt worden. **Orlow** ist durch Revolvergeschosse schwer verwundet worden.

Ueber das Attentat werden folgende Einzelheiten bekannt: Einem jungen Mann war es gelungen, sich mit Hilfe eines Ausweises einer kommunistischen Organisation in den Sitzungssaal des Tribunals einzuschleichen und der Verhandlung gegen vier frühere Offiziere beizuwohnen. In dem Augenblick, als **Orlow** das Urteil verkündete, schoß der Unbekannte auf den Vorsitzenden und warf gleichzeitig eine Stinkbombe. Seine Flucht wurde durch Beamte der GPU verhindert. Er wurde sofort verhaftet. Der Attentäter weigert sich, seine Personalien anzugeben.

Neue Todesurteile.

Riga, 27. Juni. (TL.) Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das oberste Kriegstribunal das Todesurteil gegen den früheren Oberst **Saturin**, der sich in **Rosdau** als Vertreter des Großfürsten **Nikolajewitsch** ausgegeben hatte, bestätigt. Das Urteil soll heute nacht oder morgen früh vollstreckt werden. Im Zusammenhang hiermit sind neue Verhaftungen in den Kreisen des altrussischen Adels vorgenommen worden.

Wie weiter gemeldet wird, sind in den letzten Tagen der vorigen Woche mehrere neue Todesurteile vollstreckt worden. In **Criwan** wurden drei Offiziere wegen **Veruntreuung** von Militärgeldern zum Tode verurteilt. In **Saratow** und in **Weißrußland** wurden sechs Banditen gleichfalls zum Tode verurteilt.

„Dolchstoß“ von vorn und von hinten.

Stahlhelms „Schicksalswende“.

Unter der Ueberschrift „Der Dolchstoß von vorn“ bringt die „**Stahlhelm**“-Zeitung vom 26. Juni in großer Aufmachung einen Artikel, der in einem einzigen Wutschrei gegen das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ ausklingt, das in letzter Zeit ungewöhnlich zu erkennen gegeben hat, daß das arbeitende Volk des neuen Deutschland nicht gewillt ist, sich in einen neuen Krieg hineinziehen zu lassen. In derselben Nummer dieser Zeitung wird aber unter dem Titel „Schicksalswende“ erzählt, wie der berühmte „Dolchstoß von hinten“ ausgehen hat.

Der Artikel beginnt sogleich mit dieser Feststellung:

„Der 8. August 1918 brachte zum ersten Male in erschreckender Sichtbarkeit den Beweis, daß die Uebermacht des Gegners und die aus vielen Gründen herrührende innere Schwäche der deutschen Frontarmee zu einem militärischen Verlust des Weltkrieges führen mußte. In der Frühe dieses Tages alarmiert, schlecht versorgt schon seit Wochen, und durch die plötzliche Umstellung von Angriffs- auf Abwehrkrieg um den Glauben an

den Sieg gebracht, wurde das Regiment nach langem planlosen Hin und Her am späten Nachmittag, etwa 30 Kilometer östlich von **Amiens**, eingeleitet. Hier erlebte es die große Welle der zurückstühenden Reste einer am Vormittag vernichtend geschlagenen Armee. Ein am späten Abend begonnener Angriff, aus **Prellgegründen** befohlen und ohne Schwung und Unterstützung durchgeführt, ließ sich nach schweren Verlusten unmittelbar vor der neuen englischen Linie tot.“

So unglücklich und so grausig das ist — einem richtigen Stahlhelmmann macht das nichts aus. Ihm braust nur die großartige Einsicht einer Schlacht im 20. Jahrhundert“. Dabei waren in wenigen Minuten die deutschen Bataillone ausgebrannt und der Weg zu weiterem Vormarsch dem Feinde frei. „**Kein** Artilleriegeschuß war auf deutscher Seite gefallen, keine Unterstützung der armen Truppe von hinten geworden. Sinn- und gewinnlos eingeleitet, falsch geführt, unrichtig in ihrem Gefechtswert eingeschätzt, im Stich gelassen von allen Hilfstruppen, mußte die Division an diesem hohen Mittag des 9. August 1918 geschlagen werden.“ Und wieder wird ein Regiment durch falsche Befehle in den Tod gejagt.

„Aus dem Dorf tröchen langsam zwei **Taus**, suchten günstigen Boden und liehen ihre Revolverkassonellen befehen. Als wir die Abwehr vorbereiteten, starrte uns das **Blut**. Das zurückgehaltene Regiment, die **Division**reserve, war, wie aus der Erde gestampft, in Regimentstafeln angeordnet auf der kahlen Fläche zwischen dem **Dorf** **Bretz** und dem **2000** Meter rechts liegenden **Rosieres**. Ohne Kenntnis dessen, was geschah, auf eine weit von den Dörfern liegende Front blickend, erfolgte es dem Befehl, zum **Gegenschuß** vorzugehen. . . Der **Gegner** mag sich einem **Trugbild** gegenüber geglaubt haben, als sich die breite Front ins **Bereich** seiner **Bisere** hob.“

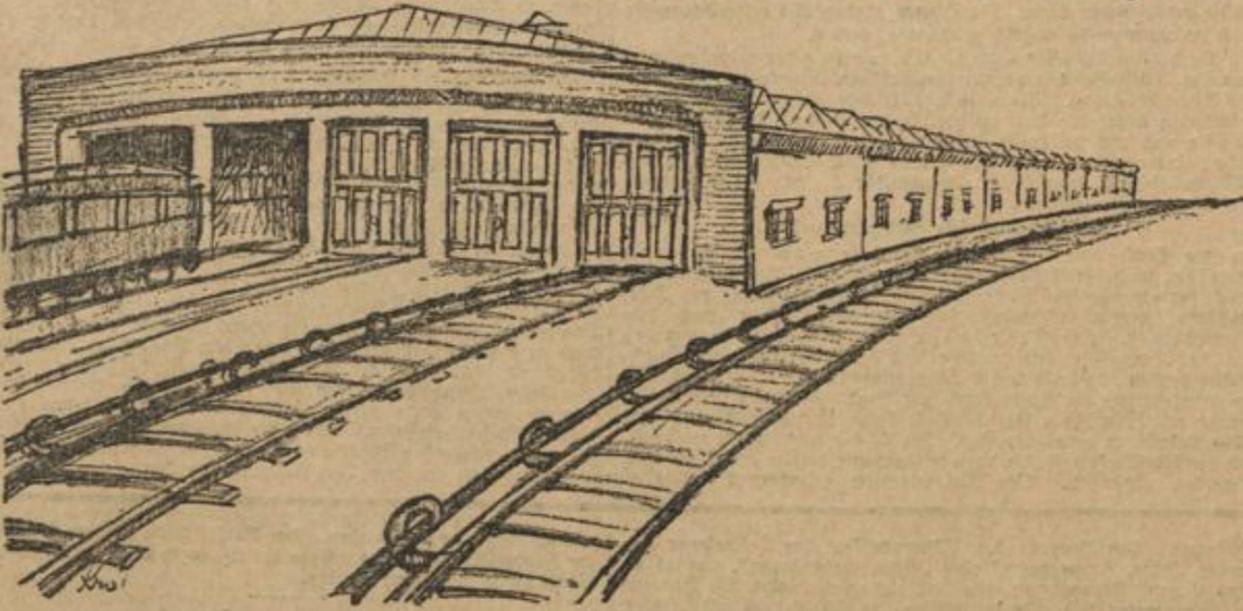
Das Regiment begann in den **Gräben** zu **schwanken**, **brach** **zusammen**, **hingemäht**, **niedergestreckt**, ehe es begreifen, was hier vor sich ging. Hinter den von der **Banik** **Weggerissen**en hämmerte das **Hohlgelächter** der **Maschinengewehre**.

So die Schilderung einer „**Schicksalswende**“ in der „**Stahlhelm**“-Zeitung! Sie zeigt keinen „**Dolchstoß** von hinten“, sondern im größten Licht die Unfähigkeit der alten Militärs, die auf den **Schlachtfeldern** **hunderttausende** — oft aus „**Prestige-Gründen**“! — nutzlos in den **Tod** **gejagt** haben. Wir sind der Meinung, daß, wenn ein „**Dolchstoß** von vorn“ dem deutschen Volke eine Wiederholung dieser blutigen **Schmach** ersparen kann, er von allen menschlich Denkenden mit **Freuden** zu begrüßen ist!

Die **Zuständigkeit** des **Völkerbundes** zu **begrenzen** hatte die **englische** Regierung in **Genf** **vorge schlagen**. Diese **Anregung**, der **Entwicklung** des **Völkerbundes** von **vornherein** **Schranken** zu **setzen**, wurde **allgemein** **bekämpft** und von der **letzten** **Bundesaerversammlung** **verworfen**. **England** hat sie **jetzt** **zurückgezogen**.

Chinesenrevolte auf **Jawa**. Auf einer Insel bei **Rioum** wurden die **europäischen** **Aufseher** der **dortigen** **Zinngruben** und **Polizei**-beamte, die ihnen zu **Hilfe** kamen, von **ausländischen** **chinesischen** **Arbeits** angegriffen. **Militär** stellte die **Ordnung** wieder her. **Insgesamt** wurden **90** **Chinesen** **verhaftet**.

Die Elektrifizierung der Stadtbahn.



Die Elektrifizierung der Stadtbahn, die Berlin in kurzer Zeit von den lärmenden, rauchenden Lokomotiven und ihrem Anhang, den reichlich unzeitgemäßen, stampfenden Eisenbahnwagen mit dem charakteristischen Zuschlagen der Türen in den Stationen befreien wird, ist in rüstigem Fortschreiten begriffen. In Erkner ist der neue Wagenschuppen, in dem mehrere Züge mit ihren Triebwagen nebeneinander Platz haben, bereits fertiggestellt. Unmittelbar am Bahnhof Erkner gelegen, erstreckt sich die riesige Halle in einer Länge von 166 Metern; durch fünf riesige Schiebetore hindurch rollen die Züge in die weite Halle, wo sie nachgehoben werden und in bestimmtem Turnus in die Werkstätten wandern. Zahlreiche giebelartige Glasdächer lassen das Tageslicht ungehindert einströmen. An der Nordfront der Halle gruppieren sich die höhergebauten Werkstätten, ebenfalls mit Glasdächern versehen. Nach Erkner erhält auch

Tempelhof einen neuen Wagenschuppen mit Werkstätten, während in Grünau bestehende alte Lokomotivschuppen umgebaut werden. In zahlreichen Stationen ist bereits mit dem Bau von Gleisrichter- und Umformern begonnen worden. Die Stromzuführung erfolgt durch die Stromschiene, die längs der alten Gleise seitlich in 30 Zentimeter Höhe angebracht ist und nach Fertigmontierung mit Holz verkleidet wird. Die neuen Wagen, bei denen das Zweiflachsensystem beibehalten wird, werden eine ganze Anzahl wichtiger Verbesserungen aufweisen. Ihre Geschwindigkeit wird 25 bis 30 Proz. größer sein als die der jetzigen Stadtbahn. Dementsprechend wird sich auch der Fahrplan günstiger gestalten. Durch Schiebetüren wird das Ein- und Aussteigen erleichtert und durch die breitere Konstruktion der Wagen die Zahl der Sitzplätze erhöht.

Das Spiel mit der Gefahr.

Groß-Rescue-Vorführungen auf dem Müggelsee.

Ganz so, wie es im Programm vorgelesen war, hatte sich das Sonntagswetter mit in den Dienst des Unternehmens der Rettungsgesellschaft der Berliner Wassersportvereine und der Sanitätsvereine des Roten Kreuzes gestellt, die auf dem von Gefahren ständig umdröhten Müggelsee eine Reihe von Wasser- und Landrettungsübungen ausführen. Böige Winde peitschten die Wellen, Regenschauer fielen, die besonders gefährliche Ecke am Müggelsee war mit Booten, Paddlern, Seglern und sonstigen Wasserfahrzeugen — selbst die schwerfällige Berliner Zille fehlte nicht im Bilde — überfüllt, ein schaulustiges Publikum, das aus Anteilnahme an der Sache oder aus Reugier herbeigeeilt war. Man hatte zum Glück vermieden, Kinder wie im vorigen Jahre zu den Schaunfällen mit heranzuziehen. Ausgeprobte gute Schwimmer zeigten ihre Kunst, mit einem Bierer zu kentern oder mit einem Segelboot umzuschlagen, was gar nicht so leicht ist, sich am Boot anzuklammern, bis das blitzschnelle Rettungsboot von der Rettungsstation herüberkam und die munteren Burthen aus ihrem nassen Element befreite. Das alles wurde mit sichtbarem Vergnügen geschaut und kritisiert und der Galt, so paradox es auch klingen mag, vom Fremdenabende des Vergnügungsdampfers herab reichlich Gelegenheit, seinen Witz bei diesen bitteren Dingen ins Trockne zu bringen. Hier rechnete jemand mit der Registrieruhr in der Hand genau die Minuten, die ein Feuerlöschboot braucht, um bei einem gedachten Vergaserbrand auf einem Motorboot herbeizueilen. Es kam von Köpenick in genau 14 Minuten, was immer-

hin ausreichen würde, im Ernstfalle Boot und Insassen nicht mehr vorzulinden, geschweige denn, wenn die Feuerlöschboote von ihrem Standort im Ost- und Westhafen im Notfall herangerufen worden wären. Am Ufer ging ein tapirter Mann mit einem neuen Taucherapparat eine halbe Stunde vernügt auf dem Grunde des Sees spazieren, was die treffliche Bewahrung dieses Rettungsapparates zum Auffinden Verunkener am besten illustriert. Ebenfalls wurden eine Reihe schöner Rettungsgerätschaften gezeigt, verknüpfte Hülsen, die sich im Wasser zu einem großen Hohl selbsttätig aufblösen und eine Last von 36 Menschen über Wasser zu halten vermögen, kleine an einer Leine, die man dem verunglückten entgegenwirft und noch kleinere, sogenannte Rettungsbeutel in der „Westentasche“, die an einem Gürtel elegant um die Taille getragen, sich selbsttätig bei Berührung des Wassers aufblähen.

Drüben am Müggelsee brannte das Dach des hübschen Sommerhäuschens, ehe aber die Rohrdorfer „Freiwillige“ und die Feuerlöschboote herangerückt kamen, die Schlauchspannen beiseite um, waren die Dachpfannen leer und die Wasserstrahlen ergossen sich nutzlos über die Köpfe der an sich schon stark abgekühlten Zuschauer. Rettungs- und Sanitätsmannschaften hatten dann noch Stundenlang zu tun, um all das im Programm vorgezeichnete zu erledigen, die Scheintoten zu beleben, die Kranken mit stärkenden Getränken wieder aufzufressen usw.

„Bereit sein ist alles!“ betonte in seinem Dank an die beteiligten Rettungsmannschaften der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums; wir möchten uns diesem wahrhaften Wort voll und ganz anschließen, wenn wir auch dazu bemerken, daß diese vom Gemeinwohl und außerordentlichen Opferwillen getragene Arbeit des Samaritertums und Rettungsdienstes zu Wasser und zu Lande in Berlin viel mehr

der Unterstützung der Gemeinden und Behörden bedarf, z. B. dauernde Bereitstellung von Fahrzeugen bei plötzlich eintretenden Unglücksfällen, — wenn nicht, wie es schließlich auch diese Rettungsvorführungen bewiesen hat, die Hilfe in den meisten Fällen zu spät kommen soll.

Das Zentralwerdebureau.

Erhöhte Fremdenverkehrswerbung für Berlin.

Man ist mit den Erfolgen des Berliner Fremdenverkehrsbureaus nicht recht zufrieden und hat beschlossen, ab 1. Juli seine Tätigkeit dem Berliner Messeamt anzugliedern, bzw. dem Messeamt die Oberaufsicht über das Sorgenkind „Fremdenverkehr“ zu übertragen. In einer Pressekonferenz im Berliner Rathaus erläuterte Dr. Schick, der Direktor des Messeamts, die künftige Neugestaltung der Fremdenverkehrswerbung. Vor allem soll der Ausbau des Berliner Ausstellungs- und Messegedankens in den Vordergrund der Tätigkeit treten, da man sich von der Verknüpfung der speziellen Werbeinteressen des Messeamts mit den allgemeinen Werbeinteressen für Berlin mit den größten Erfolg verspricht. Die Verkehrswerbung soll durch gesteigerte Inserat-, Plakat- und Rundfunkpropaganda gefördert werden, ferner plant man die Schaffung einer „Berliner Saison“ in Form von Festwochen mit Veranstaltungen künstlerischer, sportlicher und gesellschaftlicher Natur. Die neue Arbeitsstätte, wo all diese Pläne ihrer Verwirklichung entgegenreisen sollen, wird sich unter dem Namen „Zentralwerdebureau“ unter Leitung von Karl Better im neu erworbenen Kopfbau der Neuen Autohalle am Kaiserdamm etablieren. Karl Better ergriff hierauf das Wort, sprach von der starken, neidvollen Gegnerschaft, die Berlin im ganzen Reiche zu fühlen bekommt und gegen die es sich mit aller Kraft zur Wehr zu setzen hätte.

Der siebzigjährige Antisemit.

Der Fall des Ritters v. Voigtländer.

Die Angelegenheit ist bereits vor einigen Monaten durch die Presse gegangen; sie erregte damals unliebsames Aufsehen unter der Bezeichnung: „Antisemitische Rechtsplege in Moabit“. Der frühere Autobesitzer Ritter Hans v. Voigtländer, angeklagt wegen Beleidigung des Landgerichtsrats Rosenthal und des stellvertretenden Kammergerichtspräsidenten Vater, hatte in der ersten Instanz zwei Richter mit jüdischem Namen abgelehnt. Und die Strafkammer III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Warjahn hatte dem Ablehnungsantrag stattgegeben. In der Berufungsinstanz erklärte gestern Landgerichtsrat v. Holten dem Angeklagten gegenüber, der sich u. a. auf diesen Beschluß der Kammer berief, daß er ihn falsch verstanden habe; er sei allein aus dem Grunde erfolgt, um ihn, der wegen seiner fixen Idee sich durch jüdische Richter benachteiligt glaubte, einmal das Gefühl zu geben, daß ihm recht geschehe. Wie erinnerlich, wurde Herr v. Voigtländer in der ersten Instanz wegen Richterbeleidigung in je drei Fällen zu der äußerst milden Strafe von je 100 Mark verurteilt.

Die näheren Umstände dieses nicht alltäglichen Falles werden noch nicht ganz vergessen sein. Herr v. Voigtländer, ein siebzigjähriger Herr, lag in Scheidung mit seiner Frau, die er erst vor kurzem geheiratet hatte. Die 12. Zivilkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rosenthal sprach zwar die Scheidung aus, erkannte jedoch Herrn v. V. als schuldigen Teil — das Kammergericht hat übrigens hinterher beide Teile für schuldig erkannt. Eine Rechtsbeugung während, schrieb Herr v. V. an den Landgerichtsrat Rosenthal einen Brief, in dem er ihm ungewöhnliche Borniertheit, starke Voreingenommenheit, Umkehrung der Wahrheit ins Gegenteil vorwarf, ihn einen gewissenlosen Richter nannte und zum Schluß meinte, daß in diesem Falle ein jüdischer Demokrat gegen einen deutschen Aristokraten ein Urteil gefällt habe, nicht aber ein deutscher Richter. In einer Beschwerde an den stellvertretenden Kammergerichtspräsidenten Vater erklärte er, daß dessen Verhalten wohl in einer Regenerrepublik Liberia am Platze gewesen wäre, nicht aber in Deutschland; er warf ihm mangelnde Rechtskenntnisse vor, Verständnislosigkeit in Ehrensachen u. dgl. m. In der gefürchten Berufungsinstanz verfuhr Landgerichtsrat v. Holten den antisemitisch-aristokratischen Querulanten eines Besseren zu belehren. Die Vorhaltungen dauerten Stundenlang und hatten erst ganz zuletzt ein

Zu stark für dies Leben.

Von Iwan Heilbut.

Daher war der „Geiger“ an diesem Abend so fest überzeugt davon, daß auf der Liste der zu entlassenden Angestellten sein Name zu oberst stünde.

Von den Ausschuhmittelliedern, die sich um den großen Tisch zusammengezogen hatten, war inzwischen eine Entschließung verfaßt worden. Sie wurde nun den Versammelten vorgelegt.

„Der Ausschuh verlagert seine notwendige Zustimmung zur Entlassung eines Angestellten in jedem Fall, wenn die Entlassung nicht anders als mit der Absicht einer Personalverringerung begründet erscheint. Eine derartige Absicht kann durch den Gang des Betriebes durchaus nicht gerechtfertigt werden. Die Befugnis des Ausschusses zum Einschreiten gegen Entlassungen wie die bezeichneten ergibt sich aus dem Paragraph drei im zweiten Abschnitt des Arbeitsgesetzes.“

Als diese Resolution, trotz den Zwischenrufen des „Geigers“, der noch eine Klausel verlangte, im übrigen einstimmig angenommen war, drehte sich dieser auf seinem Klavierbank und behämmerte wieder die Tasten. Die Anfangsstimmung drang durch. Einige Herren vom Ausschuh verabschiedeten sich, die Ausschuhmittelliedern waren alle reiferen Alters. Mehrere Angestellte wollten nicht bleiben, da sie unmöglich am vorletzten Tages des Monats — es war der neunundzwanzigste September des Jahres neunzehnhundert-undvierzig — ein Vergnügen sich vorstellen imstande waren. Es hatte kaum zu den beiden Gläsern hellen Bieres gereicht.

Der mit höflichem, dennoch sehr hastigem Gruß, das Zimmer als erster verließ, war Grahl.

Drittes Kapitel.

Als er nach Hause kam, fand er sein Essen in einer innerlich gepöppelten Riste, die er an einem Sonntag mit seinem Sohne Hermann verfertigt hatte, warmgestellt. Hermann, der Arzt werden wollte, und über den Tag in Instituten, Vorlesungen oder in Bibliotheken war, las in der Zeitung, die er mit beiden Händen ausgebreitet vor dem Gesichte hielt.

„Hermann,“ sagte Grahl gedämpft, indem er mechanisch den Suppenlöffel zum Munde hob, „sind sie schon schlafen gegangen?“

„Ja, beide,“ gab Hermann ebenso leise zurück.

Diese „beiden, die bereits schlafen gegangen,“ waren Anna, die Frau Jakob Grahl, und Gertrud, seine achtzehnjährige Tochter. Hermann war nur fünfzehnhalb Jahre älter als seine Schwester. Die Ähnlichkeit mit dem Vater war deutlich erkennbar. Er hatte dieselben vernünftigen Augen, in welchen nur dieser eine Ausdruck von sachlich beherrschter Innerlichkeit lag. Seine Lippen dagegen, die meistenteils wie die seines Vaters als ein schmales Bändchen gezogen waren, konnten sich manchmal, wenn er lebhaft mit einem Gedanken beschäftigt schien, trotzig nach außen werfen.

„Weißt du vielleicht,“ fragte Grahl nach einer Weile, während der nur das leise Schlürfen der Lippen vom Löffel zu hören gewesen, „weißt du, Hermann, ob jemand im Laufe des Tages das Vorderzimmer besichtigt hat?“

„Nein,“ sagte Hermann, „es war niemand da.“ Sein Gesicht war auch beim Sprechen von der Reitung verdeckt.

„So,“ sagte Grahl, „hmhm. Wertwürdig... Als ob das Unglück mit diesem Wört in das Zimmer gezogen wäre. Noch niemand war da, um es zu besichtigen.“

Er hatte den Namen Wört leise hervorgehoben, als hinderien ihn Verlegenheit oder Wut, mit offener Stimme zu sprechen. Hermann hatte die Zeitung dichter zu sich herangezogen.

„Vielleicht,“ sagte er ruhig, „sind den suchenden Einlogierern unsere vier Treppen eine Bemühung, die sie nicht lieben.“

„Aber die jungen Studenten!“ entgegnete Grahl. „Ich hatte damit gerechnet. Wir sind nicht so weit von der Akademie.“

„Ja, ja,“ sagte Hermann.

„Was steht in der Zeitung?“

„Nichts Interessantes.“

„Aber du liest sehr interessiert.“ Beide schwiegen. Plötzlich begann Grahl, noch leiser, aber ungleich lebhafter als zuvor: „Du mußt morgen zur Zeitung gehen, den Redakteur des lokalen Teiles besuchen und ihm eine Sache nahelegen. Du weißt wohl schon, hm, was ich meine?“ Das Lächeln, das ihn immer vor der Preisgabe eines Gesichtes, das er zu verbergen gewillt war, beschützte, zog seinen linken Mundwinkel aufwärts.

„Den Namen nicht nennen?“ Jagte Hermann sachlich, fast ohne Ausdruck.

„Das ist es, ja,“ sagte Grahl noch leiser. Er häufelte einen Rest von Suppenkraut auf dem Teller. „Höchstwahrscheinlich wird ein Bericht über die Verhandlung erscheinen. Bitte den Redakteur, er möge sich mit den Anfangsbuchstaben begnügen. Statt des vollen Namens deiner Mutter setze er „G.“ zum Schlimmsten „A. G.“ Aber auch nicht den vollen Namen von... Wört. Oder vielleicht nur: Die Angeklagte... der Kläger. Ich denke, der Zeitungsmann wird sich, auf deine besondere Bitte, ohne Weigern solch einer Art von Bezeichnung bedienen. Meinst du nicht auch?“

„Kann sein.“

„Du willst es versuchen?“

„Natürlich. — Uebrigens — ich müßte zu sämtlichen Zeitungen gehen. Kann Gertrud nicht einen Weg übernehmen?“

„Ich möchte, daß Gertrud nicht nur deine Mutter auf diesem entsetzlichen Wege morgen begleitet, sondern auch über den ganzen Tag bei ihr bleibt.“

„Ich werde es befragen.“

„Gehe zu den drei großen Blättern: Anzeiger, Nachrichten, Städtisches Blatt. — Was für einen Eindruck hast du von deiner Mutter am Abend gehabt? Glaubst du, sie wird überleben, wenn —“

„Ich habe sie nur flüchtig gesehen,“ unterbrach ihn Hermann. „Sie ging schlafen, bald nachdem ich gekommen war. Und in der halben Stunde, daß sie im Sofa saß, konnte ich, wenn ich über den Löffel blickte, ihr Lächeln bemerken, dies unerklärliche Lächeln, das an dem Tage begann, als das Gericht uns die Anklageschrift auf den Rücken schickte.“

„Und was hat sie mit dir geredet?“

„Kein Wort.“

„O dieser Wört, dieser Wört,“ stöhnte Grahl, „hätte er niemals das Zimmer bewohnt.“

„Ist sonst noch etwas, Papa,“ fragte Hermann, der aufstand und alle Beilagen nach ihren Nummern zusammenlegte.

„Nein, nichts, mein Junge... außer den Zeitungsberichten, weißt du.“

„Gute Nacht.“

„Gute Nacht, mein Junge.“

„Noch eins,“ sagte Hermann und wandte, schon an der Tür, den Kopf um ein kleines rückwärts. „Ich werde morgen sehr früh aus dem Hause müssen. Ich sage dir also schon heute für morgen Adieu.“

(Fortsetzung folgt.)

Die neuen Hochbahnprojekte.

Bahnhöfe Zannowbrücke—Alexanderplatz. — Spandauer Chaussee—Pankow.

Der Stadtordnungsausschuss zur Beratung der schwebenden Hochbahnprojekte bewilligte gestern sämtliche vorliegenden Pläne, so daß die Stadtordnungsversammlung noch heute in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien die Vorlage endgültig verabschieden kann. Die Bauten können also erfreulicherweise noch im Sommer in Angriff genommen werden.

Es handelt sich erstens um die Umliegung der ursprünglichen, von der U.G.-Bahn geplanten ungenügenden Strecke in der Nähe des Alexanderplatzes. Das neue Projekt führt bekanntlich die Untergrundbahn unter der Zannowbrücke durch die Alexanderstraße und von da schräg durch die Dirksenstraße bis zum Alexanderplatz. Die Ausführung dieser Strecke soll mit dem völligen Umbau sowohl der Zannowbrücke wie des Alexanderplatzes verbunden werden.

Die Zannowbrücke wird abgebrochen.

An ihre Stelle tritt eine neue Brücke von 34 Metern Breite, auch die Brückenstraße wird auf diese Breite durch Abbruch der einengenden Häuser gebracht. Alexanderstraße wie Dirksenstraße werden Einbahnstraßen für den Verkehr nach dem Alexanderplatz. Der Alexanderplatz selbst wird so umgestaltet, daß ein Kreisverkehr mit dem größtmöglichen Durchmesser entsteht. Der Bahnhof Zannowbrücke erhält direkten Umsteigeverkehr von der Untergrund- zur Stadtbahn sowie eine Halteanlage mit sechs Kais, die gleichfalls durch Untergrundtunnel mit allen Bahnhöfen verbunden sind. Die Häuser unmittelbar nordwestlich des Stadtbahnhofs, die vorsorglicher Weise bereits angekauft sind, werden abgerissen. Das Gesamtprojekt erfordert 8,4 Millionen

Mark. — Das zweite Projekt verlängert die Untergrundbahnstrecke vom Stadion bis zur Spandauer Chaussee.

Da es sich hier nur um eine Stammbahn handelt, können die Arbeiten so beschleunigt werden, daß diese Anschlussstrecke mit dem neuen Bahnhof bereits in einem halben Jahr dem Verkehr übergeben wird. — Das dritte Projekt betrifft die

Verlängerung der Hochbahn über Bahnhof Nordring hinaus, vorläufig bis zur Maximilianstraße. Hier war leider eine Einigung zwischen den Absichten der Hochbahn und Magistrat einerseits und den Stadtordnungen andererseits nicht zu erzielen. Sollte aber der Magistrat den Beschlüssen des Ausschusses nicht beitreten, so würde sich dadurch der Weiterbau verzögern. Es handelt sich um die Frage, von welcher Stelle ab die Hochbahn als Untergrundbahn fortgeführt werden soll. Die Mehrheit des Ausschusses verlangte den Abbruch eines Teiles der bisherigen Hochbahnstrecke, um die Bahn bereits unter der Bornholmer Straße als Untergrundbahn hindurchführen zu können. Der Magistrat wollte, um Kosten zu sparen und den Betrieb ohne Unterbrechung fortführen zu können, erst hinter der Eplanade unter die Erde gehen, was aber auch zu einem Kompromiß bereit, das den Beginn der Untergrundbahnstrecke schon hinter der Bornholmer Straße vor sah.

Beide Vorschläge wurden abgelehnt, das Projekt in der angenommenen Form wird einen Mehraufwand von etwa anderthalb Millionen erfordern. Sollte der Magistrat sowie der Ausschuss der Hochbahn den Beschlüssen des Ausschusses beitreten, so könnte auch hier sofort mit dem Bau begonnen werden.

wenig Erfolg. Die Beweisaufnahme ergab, daß der antisemitische Schluß in der Eingabe des aristokratischen Herrn v. Boigtänder von dem Justizrat Schmiedel inspiriert worden war. Auf diesen berief sich auch Herr v. Boigtänder. Im übrigen meinte er, daß die Zustände in der deutschen Rechtspflege an die Negerepublik Liberia erinnern: man denke nur an den Fall Kroner oder an die Rede Dr. Großmanns, man halte sich Briefe vor Augen, die der „Sokal-Anzeiger“ in bezug auf diese Rechtspflege erhalte. Selbst das Zitat aus Antigone, das der Vorsitzende dem hartnäckigen Querulanten entgegenhielt: „Heilige lernen noch spät im Alter die Weisheit“, nützte nur für einen Augenblick. Im nächsten erklärte Herr v. Boigtänder erneut, er könne nur aus dem Grunde nicht mehr darauf bestehen, daß eine Rechtsbeugung vorgelegen habe, da er mit diesem Standpunkt bei der Kammer nicht durchdringen würde. Er beschränkte deshalb seine Berufung auf das Strafmaß.

Das Gericht verminderte die Strafe von 300 auf 150 Mark und setzte bereits im Urteil fest, daß im Nichterleidungsfall für die Gefängnisstrafe eine Bewährungsfrist zugebilligt werde. In der Urteilsbegründung sagte Landgerichtsrat v. Holten u. a., daß die Richter müde seien, immer wieder den Anwürfen gegen den kulturell hochstehenden Teil der deutschen Richter entgegenzutreten zu müssen. Es wäre an der Zeit, mit den widerlichen antisemitischen Ausfällen aufzuhören. Der Antisemitismus schädige nur das deutsche Volk in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Er habe sich mit der Angelegenheit besonders ausführlich befaßt, da die Stattgabe des Antrages auf Ablehnung der jüdischen Richter zu heftigen Angriffen gegen die angeblich antisemitische Rechtspflege in Kobitz geführt habe.

Von der Erklärung des mit Recht aufseherregenden Beschlusses der dritten Strafkammer soll hier Notiz genommen werden. Ob sie genügt, mag dahingestellt bleiben. Ein ähnlich mildes Urteil wünschte man aber auch in ähnlichen Fällen jedem armen Teufel.

Das Urteil gegen die Aktendiebe.

Gefängnis für Brandenburg und Genossen.

Die Beweisaufnahme in dem großen Aktendiebstahlsprozess gegen den Juwelier Wilhelm Brandenburg und Genossen bereitete dem erweiterten Schöffengericht Witte große Schwierigkeiten, besonders deshalb schwierig war die Verhandlung, weil das Zeugenmaterial sich aus den Kreisen des Schwereverbrechens rekrutierte. Diese Zeugen gehörten zu dem Freundeskreis Brandenburgs und wollten zum Teil sich nicht auf etwas besinnen können. Auch beanspruchten sie für sich zum Teil den Schutz des § 51. Brandenburg selbst behauptete, daß die ganze Belastung von seiner Frau, mit der er in Scheidung lebt, und von einem seiner früheren Freunde ausgehe, weil beide sein großes Vermögen in die Hand bekommen wollen. Er will ebenfalls geisteskrank sein. Um das dem Gericht vor Augen zu führen, dreht er sich von Zeit zu Zeit um und fängt an der Wand zu fliegen. Von Dr. Bürger wird der § 51 glatt verneint, und Brandenburg wird nur eine gewisse Minderwertigkeit zugebilligt. Frau Brandenburg, die ihn beim Untersuchungsrichter schwer belastet hatte, verweigerte die Aussage. Der Kellner Hamel erinnerte sich an nichts mehr. Er lief im Gerichtssaal umher, weil er nicht stillstehen könne. Da er wegen Geisteskrankheit entmündigt ist, blieb er unverurteilt. Gegen den Belastungszeugen Wieland, einen früheren Freund Brandenburgs, machte dieser den Einwand der Un glaubwürdigkeit. Der Zeuge weigerte sich, seine Vorstrafen öffentlich aufzuzählen. Landgerichtsdirektor Fietzig war damit einverstanden, daß der Zeuge sein Vorstrafenregister aufschreibe. Als der Zettel dem Gericht übergeben war, stellte der Vorsitzende fest, daß der Zeuge „verschiedene Male und nicht unerheblich“ vorbestraft sei. Zeuge: „Ja, aber nicht wegen Mordes, wie Brandenburg behauptet. Wenn der Herr weiter so macht, werde ich auch vieles von ihm erzählen.“ Der nächste Zeuge Oberg, der mit dem Mitangeklagten Juppä den großen Juwelierdiebstahl in der Passage ausgeführt hat, konnte sich jetzt auch nicht recht auf etwas besinnen. In derselben Weise wickelte sich der größte Teil der Zeugenvernehmung ab. Schwer belastend waren die Aussagen der früheren Frau des jüngeren Brandenburg, die bekundete: „Als Wilhelm Brandenburg wegen der Aktendiebstahle in Haft genommen worden war, haben Juppä und Hans Brandenburg immer wieder besprochen, wie die Akten wegzuschaffen seien, und es wurde vereinbart, sie wegzuholen, wenn die Reinemachefrauen weggegangen seien. Beide kamen aber unrichtiger Sache vom Kriminalgericht zurück. Nach einigen Tagen gingen sie wieder hin und kehrten mit einem Bündel zurück, das aus deren Aktendokumenten bestand. In der Küche wurde alles verbrannt. Kurze Zeit darauf sah die Zeugin bei Juppä eine goldene Uhr. Staatsanwaltschaftsrat Braut bezeichnete es als einen beispiellosen Fall von Aktendiebstahl. Wiederholt sind die Akten ein und derselben Person verschwunden. Zuerst verschwanden 1924 die Strafsakten Brandenburgs, bald darauf die Zivilprozesse vom Landgericht und Kammergericht. Schließlich beim Untersuchungsrichter sämtliche Akten, einschließlich der rekonstruierten Strafsakten. Die Schuld der Angeklagten sei bei Brandenburg in allen drei Fällen, bei den anderen Angeklagten im letzten Falle erwiesen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Wilhelm Brandenburg wegen Aktendiebstahls in zwei Fällen und Anstiftung in einem Falle 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Juppä 9 Monate Gefängnis und gegen Hans Brandenburg 6 Monate Gefängnis.

Nach längerer Beratung verurteilte das Gericht das Urteil im Aktendiebstahlsprozess. Es wurden verurteilt: Wilhelm Brandenburg zu einem Jahr Gefängnis, Juppä zu neun Monaten Gefängnis und Hans Brandenburg zu sechs Monaten Gefängnis.

Wieder ein erdichteter Ueberfall.

Als vollständig erfunden hat sich wieder einmal ein „Ueberfall“ herausgestellt, der die Kriminalpolizei und sogar die Mordinspektion tagelang beschäftigte. In dem Hause Basteurstraße 12 wurde, wie wir mitteilen, morgens das 15½ Jahre alte Hausmädchen Hertha Gerke mit verbundenen Augen, geknebelt, gefesselt und anscheinend bewußlos aufgefunden. Die Kriminalpolizei sah sich veranlaßt, einmal nach der Vergangenheit der Hertha Gerke zu forschen, zumal der Gerichtsarzt Prof. Dr. Fraenkel bei seiner Untersuchung des Mädchens auch kleine Schmitz- und Krugwunden gefunden hatte. Auf der früheren Dienststelle in Charlottenburg wurde nun festgestellt, daß sich die 15½-jährige — ein Mädchen vom Lande, das frisch nach Berlin gekommen war — durch Beißen und Kratzen an Armen und Beinen blutende Verletzungen selbst beigebracht hatte. Jetzt nahm der Gerichtsarzt das junge Ding noch einmal gründlich ins Gebet und das Ergebnis war, daß das Mädchen das Geständnis ablegte, den ganzen „Ueberfall“ erfunden zu haben. Die Entlarvung wurde der Fürsorge übergeben, die ihr eine geeignete Stellung besorgen soll. Sie hatte auch die Bücher in das Bettzeug selbst gemagt und das Märchen von der Maus aufgebracht.

Fernsprech-Schnellverkehr mit Hoppegarten.

Heute wird der Fernsprech-Schnellverkehr zwischen Groß-Berlin und den Orten Hoppegarten bei Berlin und Neuenhagen (Ostbahn) aufgenommen. Von diesem Zeitpunkt an sind Gespräche von Groß-Berlin nach Hoppegarten bzw. Neuenhagen nicht mehr beim Berliner Fernamt anzumelden. Der an eine Vermittlungsstelle mit Handbetrieb angeschlossene Groß-Berliner Teilnehmer ruft bei Gesprächen nach diesen beiden Orten seine Vermittlungsstelle an und nennt dieser Amt und Anschlußnummer des gewünschten Teilnehmers sowie seine eigene Anschlußnummer, z. B. „Bitte, Hoppegarten 230, hier Humboldt 402“ oder „Bitte, Neuenhagen 175, hier Bismarck 1563“. Die Beamtin der Hand-Vermittlungsstelle verbindet mit den Worten „ich verbinde weiter“ mit dem

Hilfsamt. Der Beamtin des Hilfsamts sagt der Teilnehmer entweder „Bitte, Hoppegarten“ oder „Bitte, Neuenhagen“, worauf die Beamtin mit Hoppegarten bzw. Neuenhagen verbindet. Die Beamtin in Hoppegarten bzw. Neuenhagen meldet sich hierauf mit „Bitte“. Dieser Beamtin nennt der Teilnehmer nochmals Amt und Nummer des Verlangten, z. B. „Bitte, Hoppegarten 230“ oder „Bitte, Neuenhagen 175“, worauf die Verbindung hergestellt wird. Die Gebühr für ein Gespräch nach Hoppegarten bzw. Neuenhagen von 3 Minuten Dauer beträgt während der Zeit von 8 bis 19 Uhr (8 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags) 0,30 M., in der übrigen Zeit 0,20 M.

Ein jüdisches Gefallenemal.

Baumeister Beer hat auf dem Ehrenfeld des jüdischen Friedhofs in Weissensee ein Denkmal für die Gefallenen der jüdischen Gemeinde geschaffen, das am Montag vormittags in Anwesenheit von Vertretern staatlicher, jüdischer und kirchlicher Behörden eingeweiht wurde. Betreten waren das Reichswehrministerium, die Heeresleitung, die Marineleitung, die Kommandantur Berlin, die parlamentarischen Präsidien, andere Behörden sowie zahlreiche Kriegervereine und jüdische Studentenverbindungen. Der erste Redner, Rabbiner Dr. Baer, betonte, daß Nacht allein sich nie durchsetzen könne, das Recht jedoch von ewiger Geltung sei. Baer nannte das Denkmal die Erinnerung an Tausende unbekannter Soldaten und wandte sich in würdiger Formulierung gegen die strupelosen völkischen Heher. „Unsere Taten will so mancher im Lande nicht kennen. Wir aber wollen für sie zeugen.“ Mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit des Völkerefriedens schloß der Vortrag. Kammergerichtsrat Wolff nannte die Gefallenen „Pioniere des deutschen Aufbaus“. Vorträge des Musikkorps der Kommandantur der Stadt Berlin und der Vereinigten Synagogengemeinde umrahmten die Feier. Als Vertreter des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer gedachte Dr. Bondan der gefallenen Kameraden. Der geschmackvoll ausgeführte Sandstein trägt ein Erinnerungsschild des jüdischen Frontkämpferbundes sowie die Inschrift: „Den jüdischen Gefallenen“ im Namen der Groß-Berliner Gemeinde. Daß die schwarzweißroten Farben nur allzu zahlreich vertreten waren, ist wohl auf die Zusammenkunft der Geladenen zurückzuführen. Weniger wäre in dieser Hinsicht mehr gewesen.

Ein Stadtbahnviadukt in Gefahr.

Gestern nachmittags gegen 12 Uhr bemerkten Eisenbahnarbeiter, daß sich an der Stadtbahnüberführung Holzmarktstraße ein Pfeiler gelockert hatte und ein eiserner Träger eingesenkt war. Von der Reichsbahn wurden sofort alle Vorkehrungen getroffen, um die Gefahr zu beseitigen. Zunächst wurden starke Verankerungen angebracht. Der Stadtbahnverkehr wurde sicherheitsshalber über die Ferngleise umgeleitet, konnte jedoch gegen 3 Uhr nachmittags nach Beendigung der Arbeiten auf den Stadtbahngleisen

wieder aufgenommen werden. Der Vorfall hatte längere Störungen im Zugverkehr zur Folge. Eine Untersuchung über die Ursache der Senkung ist eingeleitet worden.

Sonnenwendfeier der Kinderfreunde.

Als Abschluß der Werkwoche trafen sich am Sonnabend die Berliner Gruppen der Kinderfreunde zur Sonnenwendfeier auf dem eigenen Gelände bei Birkenwerder. Schon früh am Mittag rückten die einzelnen Gruppen heran und gegen Abend war eine Zelstadt aufgebaut. Zeigte der Himmel auch zeitweise düstere Wolken, so landte er doch diesmal keinen Regen. Gegen 11 Uhr schlängelte sich ein Zug aus dem Lager. Fackeln werden vorangetragen. Im großen Kreis Burschen und Mädels, Hand in Hand, nehmen an dem Holzstoß Aufstellung. „In dunkler Nacht stehen wir.“ führt der Sprecher des Abends aus. „In großer Rund, um unser Bekenntnis zur Gemeinschaft abzulegen. Um all denen, die mit Hoffnung auf uns schauen, zu beweisen, daß auch die Kinder des Proletariats mit am gemeinsamen Werk der Arbeiterschaft helfen. Die lobende Flamme sei immer Symbol.“ Im Schein des leuchtenden Feuers wurde die Fahne des Kinderlandes Birkenwerder aufgehoben. Im gemeinsamen Riede fand die schlichte, aber eindrucksvolle Feier ihr Ende.

Nur noch eine Woche Wochenausstellung! Die große Ausstellung Berlin 1927 „Das Wocheneude“, die seit dem 16. April das Ziel von Hunderttausenden von Besuchern gewesen ist, macht darauf aufmerksam, daß die Pforten der Ausstellung am nächsten Sonntag (3. Juli) endgültig geschlossen werden. Eine Verlängerung über diesen Termin hinaus ist aus technischen Gründen (mit Rücksicht auf den Aufbau des am 13. August beginnenden Herbstprogramms) nicht möglich. Den Erwerbslosen Berlins ist die Möglichkeit zum Ausstellungsbesuch damit gegeben, daß sie bei Vorzeigung ihrer Stempelkarte eine Eintrittskarte zum Preise von 30 Pf. erhalten. Der Schlußtag der Ausstellung (Sonntag, 3. Juli) ist mit einem großen märkischen Trachtenfest und Sommerfest verbunden, zu dem Delegationen aus allen Teilen der Mark auf der Ausstellung eintreffen.

Eduard Steinbrenner gestorben. Ein arbeitsfreudiger, pflichteifriger und treuer Genosse, der stets, wenn die Partei rief, zur Stelle war und sich in ihren Dienst stellte, ist gestorben. Selbst, als ihm das Gehen schwer geworden war, mollte er bei Flugblattverbreitungen nie fehlen. Bereitwillig übernahm er noch jede Arbeit. Oft mußte ihm nahegelegt werden, die ihm zu schwere Arbeit des Treppensteigens jüngerer Genossen zu überlassen, die in ihm ein Vorbild der Arbeitsfreudigkeit und Pflichttreue hatten. Unversehens bleibt ihm, daß er, als es galt, nach dem Kriege die SPD. wieder aufzubauen, als Abteilungsleiter sich zur Verfügung stellte und gewissenhaft am Aufbau arbeitete. Als der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, dessen Angestellter er war, ihn wegen seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes zur Ruhe setzte, war das dem Arbeitsfreudigen nicht recht. Lange hat er sich auch der wohlverdienten Ruhe nicht erwehren können. Schwere Schicksalsschläge in der Familie, wie der Tod eines Sohnes, wirkten ungünstig auf seinen Lebensmut und seine Gesundheit ein. Nun hat er ausgeliebt. Im Alter von 67 Jahren hat er seine Augen für immer geschlossen. Seine Einäscherung findet am Mittwoch um 12 Uhr im Krematorium Baumgartenweg statt.

Kommt es zu einer Frieur-Zwangsinnung? Bekanntlich war die Zusammenfassung der mehr als ein Duzend zählenden freien und Zwangsinnungen der Frieur-Groß-Berlins zu einer einheitlichen Innung (Zwangsinnung) bereits durch Abstimmung beschlossen worden. Da diese Abstimmung jedoch erfolgreich angefochten wurde, ist es nicht zur Schaffung einer Zwangsinnung gekommen. In der Zeit vom 1. bis 14. Juli erfolgt nunmehr eine erneute Abstimmung der Selbständigen des Barbier-, Frieur-, Perückenmacher-, Damen- und Theaterfrieur-Handwerks, und zwar diesmal mit amtlichem Stimmzettel, um Unregelmäßigkeiten von vornherein zu begegnen. Eine einheitliche Organisation wäre der jetzt herrschenden Zerplitterung zweifellos vorzuziehen.

Volkstfest in Weissensee. Am Sonntag, dem 3. Juli, veranstaltet der Bezirk Weissensee der SPD. unter Mitwirkung der örtlichen Arbeiter-Sportvereine und vieler Gastvereine Groß-Berlins ein großes Volkstfest im Garten des Schlosses Weissensee. Die Devise des Festes ist: Für den Völkerefrieden! Gegen die Unterdrückung der Kolonialvölker! Für die internationale Völkereinigung und Pflege des internationalen Gedanken! Für Unterhaltung aller Gäste und der Kinder ist gesorgt. Programm-Billetts bei Gen. Richard D a e j a n e r, Berlin-Weissensee, Sedanstr. 49.

Billige Fischtage. Am Dienstag und folgende Tage sind billige Fischtage. Es kommen zum Verkauf: Lebende Schlei Pfund 1,20 M., Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Explosionsunglück auf der Danziger Werft.

Zwei Tote, vier Schwerverletzte.

Danzig, 27. Juni. (W.Z.B.) Heute nachmittags ereignete sich auf dem an der Danziger Werft zur Reparatur liegenden Motorboot „Falk“ aus Bismarck eine Explosion, bei der ein Maschinenbauer der Danziger Werft sowie ein Monteur der Motorenfabrik Leub getötet und ein Meister der Danziger Werft, sowie der Kapitän und die beiden Maschinisten des Bootes schwer verletzt wurden. Während von der Danziger Werft schiffsbautechnische Reparaturen an dem Bootkörper vorgenommen wurden, arbeitete der Monteur an der Instandsetzung des Motors; gleichzeitig wurde Benzol eingesossen. Kurz hintereinander folgten zwei schwere Explosionen.

Funkwinkel.

Der Sonntag begnügte sich wieder ausschließlich mit Unterhaltungsmusik: Frühkonzert, Vormittagskonzert der Ufa-Sinfoniker unter Alfred Guitmann, Nachmittagskonzert der Kapelle Gerhard Hoffmann. Am Abend: „Berliner Sonntag“, leider durch das Ausfallen der angekündigten Rezitationen von Alfred Braun empfindlich in seinem Charakter geschwächt und ebenfalls nur mit leichtester musikalischer Ware gefüllt. — Ein hervorragend schönes Solistenkonzert brachte dagegen der Montagabend. Es wurde von Professor Josef Wolfsthal (Violine) und dem Cellisten Gregor Blatigarski bestritten, die mit ihrer reifen Kunst schon oft vor die Funthörer traten, diesmal aber mit einem besonders schönen fünfstündigen einheitlichen Programm. Theodor Mateben war ihnen am Flügel ein ebenbürtiger Begleiter. — Außerdem gab der Montag eine Reihe recht wertvoller Vorträge. Ueber „Die Sonnenfinsternis am 29. Juni“ sprach Professor Dr. Adolf Marcuse. Er gab einführende Erläuterungen in die Entstehung und den Ablauf einer Sonnenfinsternis und schilderte im Anschluß daran die Erscheinungen des am 29. Juni bevorstehenden Himmelsereignisses, das für die Berliner von morgens 5,23 Uhr bis 7,20 Uhr sichtbar sein wird. Ein wesentlicher Hinweis des Vortragenden verdient besondere Beachtung: Es darf auf keinen Fall mit bloßem Auge oder ungefarbten Gläsern die Sonne beobachtet werden, da schwere Augenkrankungen und Entzündungen die Folge sein können. — Dr. Max Osborn behandelte eine der blutvollsten Berliner Künstlererscheinungen Andreas Schlöter, dessen Schaffen noch heute dem Stadtbild Berlins einen wesentlichen Charakterzug aufprägt. Dieser Meister des preussischen Barock, der dem ersten preussischen König das Berliner Schloß umbaute und das Schloß Charlottenburg baute und dessen höchste Kunst sich in dem Bildwerk des Großen Kurfürsten und in den ergreifenden Masken der sterbenden Krieger im Zeughaus dokumentiert, erfährt Landart. Wegen des Ringlinsens eines geplanten Münzturmes wurde er angeklagt, seiner Stellung enthoben und nach seinem baldigen Tode lebte seine Familie in Berlin in bitterster Armut. — Einen wertvollen Ueberblick über „Die Fortschritte und Probleme der elektrischen Nachrichtentechnik“ sprach Prof. Dr. A. B. Wagner, Präsident des telegraphentechnischen Vereins. Ministerialrat Dr. med. Alfred Beyer führte seinen Zyklus „Bernunft und Glück“ mit einem Vortrag über „Bernunft“ fort, in dem er zeigte, daß erst das durch die Bernunft regulierte Gefühl wirkliche und dauernde Glückswerte zu schaffen vermag.

Der Kampf um die Zollpolitik.

Bilanz der Handelsverträge — Taten statt Worte!

Es ist nicht lange her, daß Großagrarien und Schwerindustrie ihr Zollobjekt auf der Tagung der Schwerindustriellen feierlich erneuerten und sich im Sinne der Schleihschen Abzerrungspolitik durch Zollschuß und der Abzerrungspolitik der Schwerindustrie durch Zollschuß und Monopolisierung des Inlandsmarktes die Fortführung „der zielklaren deutschen Handelspolitik“ gelobten. Seitdem hat der Reichswirtschaftsminister in einer großen Programmdede den neuen Kurs der deutschen Zoll- und Handelspolitik angeündigt: Reform des Zolltarifs, Abbau der Zölle und Handelsvertragspolitik im Sinne der Genfer Beschlüsse und im Sinne des wohlüberlegten Interesses der deutschen Gesamtwirtschaft. Wenn man auch nach dem Vorspiel der vom Kabinett beschlossenen Agrarzollerhöhungen diesen Ankündigungen gegenüber sehr skeptisch bleiben muß, so verdient es doch festgehalten zu werden, daß der Reichswirtschaftsminister mit der wirtschaftspolitischen Argumentation der Großhandelswirtschaft abrechnet.

Schleis-Programm 3. D.

Das Schreckgespenst der Passivität der Handelsbilanz, die dem Landbund zum Vorwand immer neuer Zollforderungen dient, beunruhigt den Reichswirtschaftsminister gar nicht, der die Dinge nüchtern und nicht demagogisch betrachtet. Er weiß, daß eben „für das erste, bis es der Landwirtschaft gelungen ist, den deutschen Nahrungsmittelbedarf in größerem Umfange und zu gleichen Preisen wie das Ausland zu decken, die Einfuhr groß bleiben muß“. Es ist dies nicht gut, darauf hinzuweisen, daß trotz des Verlustes großer landwirtschaftlicher Ueberflussegebiete der deutsche Agrarimport, in Vorkriegswerte umgerechnet, sich jedenfalls nicht vermehrt hat. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes betrug im vergangenen Jahre die Einfuhr an Lebensmitteln 95 Proz., an lebendem Vieh 41 Proz. der Vorkriegseinfuhr. Daß der Agrarimport, der im übrigen nur ein Zehntel der deutschen Friedensausfuhr betrug, stark zurückgegangen ist und die deutsche Agrarbilanz stärker passiv ist als 1913, ist durch den Verlust der abgetretenen großen Anbauflächen unermesslich. Ausschlaggebend bleibt jedoch für Deutschland sein vielseitiger Export von Fertigwaren. Der Minister stellt daher die Exportsteigerungen in den Mittelpunkt seiner Wirtschaftspolitik.

Hemmungen der neuen Politik-Sünden der Vergangenheit.

Aber der Fortschritt in der Fertigwarenausfuhr ist doch noch ein sehr langsamer. Während man aus den Zahlen der deutschen Inlandproduktion und den Rohstoffimporten schließen kann, daß die Inlandproduktion, im ganzen gesehen, etwa den Vorkriegsumfang erreicht hat, dürften bei der Ausfuhr höchstens etwa 75 Proz. des Vorkriegsausfuhrvolumens erreicht sein. Die weitere Exportsteigerung ist an zwei Voraussetzungen geknüpft: an die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fabrikate und an eine vernünftige Handelsvertragspolitik. Die Wettbewerbsfähigkeit scheint auf zahlreichen industriellen Gebieten nicht in vollem Maße gegeben. Der hohe industrielle Zollschuß, den die seimezeitige Kaniz-Schleiden-Reuhau-Regierung im Laufe für die Agrarzölle damals ausshandelte, und von dem der Minister Curtius nachträglich sagt, „daß Zölle in dieser Höhe für so lange Zeit niemand zugestehen wollte“, hat die Preisentfaltungen vielfach verhindert, die infolge des Rückganges zahlreicher Rohstoffpreise und die erheblich gesteigerte Arbeitsleistung zu erwarten gewesen wären. Der hohe Zollschuß wurde eine Kaufkraftprämie. Die Produzenten haben sich an den hohen Zollschuß gewöhnt und sind so in zahlreichen Fällen auf den Exportmärkten nicht mehr konkurrenzfähig.

Auf der anderen Seite wurde für die Erweiterung der Absatzmöglichkeiten durch Handelsverträge wenig erreicht. Das Hauptabgabengebiet der deutschen industriellen Produktion ist nach wie vor der europäische Markt. Nur etwa ein Drittel der deutschen Fabrikateausfuhr geht nach Uebersee. Die Hauptaufgabe bleibt demnach, die Ausfuhr nach den europäischen Ländern auf den ehemaligen Stand zu heben, und man kann nicht behaupten, daß die Regierung hierin bisher erfolgreich tätig war. Da die deutschen Unterhändler sich stets dem Widerstand der einheimischen Interessenten gegenüber nachgiebig zeigten und daher selbst nur geringe Konzessionen machten, hat man naturgemäß auch nur begrenzte Erfolge für die eigene Ausfuhr erhalten.

Was die Vertragspolitik erreichte. Frankreich und Polen.

Die bisherigen Auswirkungen der Handelsverträge lassen sich zwar, da die Abkommen zumeist erst Mitte 1926 wirksam wurden, noch nicht voll überblicken. Nach einigen Vertragsländern, wie Schweden und Finnland, in kleinerem Umfange auch nach Spanien und Italien, läßt sich wenigstens für einige Warengruppen eine gewisse Ausfuhrsteigerung feststellen.

Die große Bücke bleibt jedoch nach wie vor die Rinderausfuhr nach Frankreich und der Exportrückgang nach Polen infolge des Zollkrieges. Wenn auch die Herstellung

endgültiger vertraglicher Handelsbeziehungen zu Frankreich außerordentlich schwierig ist und man die bisherige kurzfristige Regelung als höchst unerfreulich bezeichnen muß, so wäre doch eine solche Regelung besser als keine. Wenn auch die Interessen der Schwerindustrie nur wenig berührt würden, deren Handelsbeziehungen durch internationale Abkommen und große Sachlieferungsverträge unabhängig von den Zollregelungen größtenteils sichergestellt sind, so um so stärker die Interessen aller anderen Ausfuhrindustrien. Das Resultat der bisherigen Provisionen ist auch durchaus nicht so ungünstig, wie es meist dargestellt wird. Der deutsch-französische Handelsverkehr schloß nach der französischen Statistik, die die Sachlieferungen mit enthält, 1926 mit einem Aktivum zugunsten Deutschlands ab, in den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug die deutsche Ausfuhr 1,56 Milliarden Franken, die Einfuhr 1,85 Milliarden Franken, also auch kein sehr großes Passivum. Nach den Äußerungen des Ministers will man Frankreich langfristige vertragliche Ermäßigungen einräumen. Auch nach den letzten Reaktionen ist ein vertragsloser Zustand nach dem 30. Juni immer noch zu erwarten. Ueber die Polener Verständigung endlich schwebt sich Curtius vollkommen aus. Polen war zurzeit normaler Handelsbeziehungen, also im ersten Halbjahr 1925, Deutschlands drittgrößtes Abgabengebiet, das zirka 6 Proz. der deutschen Gesamtausfuhr ausmachte. Im Jahre 1926 ist der Export auf ein Drittel zurückgegangen. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug er noch immer nur zwei Fünftel der noch vielfach entwicklungs-fähigen Ausfuhr von früher. Die neuen agrarischen Zoll-erhöhungen auf Kartoffeln und Schweinefleisch richteten sich vor allem gegen Polen und schafften natürlich neue Schwierigkeiten. Man scheint dem ostelbischen Großgrundbesitz und den ober-schlesischen Kohlenbaronen zuliebe den Zollkrieg verewigen zu wollen.

Das Nachgebot der schweren Industrie.

Dabei beherrschten die organisierten Großindustrien durchweg bevorzugt die Eisen- und Maschinenindustrie, Elektro-, Chemie- und Papierindustrie konnten ihre Exportpositionen wieder gewinnen, zum Teil sogar steigern. Diese fünf Großindustrien hatten von der Gesamtausfuhr im vergangenen Jahr 36 Proz. gegenüber nur 31 Proz. in der Vorkriegszeit inne. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres hat sich der Anteil auf 40 Proz. erhöht, bei Berücksichtigung der Sachlieferungen, an denen außer Kohle und Holz diese Industrien ausschließlich beteiligt sind, ist die Steigerung noch größer. Die typischen deutschen Exportzweige zeigen dagegen mengen- und wertmäßig einen starken Rückgang; Textil- und Pelzindustrie mengenmäßig um etwa ein Drittel, in gleichem Verhältnis etwa auch die Gummi- und Fahrzeugindustrie, ebenso Glas-, Wäffel- und Spielzeugfabrikation. Noch stärker ist der Export von Leder, Lederwaren und Metallwaren zurückgegangen. Natürlich spielt bei dieser Rinderausfuhr auch der Protektionismus der anderen Länder eine bedeutende Rolle, doch ist nicht zu leugnen, daß das Interesse der mittleren Industrien nicht in dem Maße wahrgenommen wurde wie das der Großindustrie. Hierin Wandel zu schaffen, ist eine Hauptaufgabe für die schwebenden Verträge für die Revision der alten.

Aufgaben des Herrn Curtius.

Herrn Curtius ist es ja nun endlich klar geworden, daß der famose „Verhandlungsstarik“ in Wirklichkeit ein völlig unbrauchbares Instrument für eine handelspolitische Verständigung ist, und er kündigt daher seine Abbaution an. Unser heutiges Zollgesetz ist ein lückenloser Hochschutzzolltarif und in seinem Aufbau und seinem Umfang fast ein Monstrum wie die viel geschmähten Hochschutzzolltarife anderer Länder. Von den rund 850 zollpflichtigen Tarifnummern sind rund drei Viertel in der Nachkriegszeit erhöht worden. Schon vor der kleinen Zollnovelle hat man auf dem Verordnungswege mittels „vereinlichter Befehlsgebung“ Zollserhöhungen um ein Vielfaches der Vorkriegszeit vorgenommen, die in der Zollnovelle von 1925 beibehalten, oft noch gesteigert wurden, und dann im August 1925 die noch fehlenden dazu geschaffen. Weniger als ein Drittel aller Zölle sind durch Tarifabreden ermäßigt worden. Der Grad der Abschwächung ist dabei, an der Höhe der autonomen Sätze gemessen, minimal.

Der Abbau des unnötigen hohen Zolltarifs ist freilich nur ein erster Schritt. Wichtiger bleibt eine von Interessentengruppen unbeeinträchtigte Revision der Vertragsätze. Wie will man freilich handelspolitisch etwas erreichen, wenn man gleichzeitig agrarische Zollaufrüstung treibt und damit naturgemäß auch gewisse Interessen unserer Kundenländer berührt und damit Konzessionen dieser erschwert oder unmöglich macht? Bisher unterscheidet sich die praktische Handelspolitik des Herrn Curtius noch in nichts von der „zielklaren deutschen Handelspolitik“, die Landbund und Schwerindustrie auf deren letzter Tagung sich gegenseitig geschworen haben. Befennnisse und Programme haben wir nun genug. Es wäre Zeit, auch Taten zu sehen.

Internationaler Kongreß der Handelskammern.

Die Industriellen zur Vernunft gemahnt.

In Stockholm ist am 27. Juni der Kongreß der Internationalen Handelskammern zusammengetreten. Der erste dieser Kongresse erfolgte 1921 in London, der zweite 1923 in Rom und der dritte 1925 in Brüssel. An dem diesjährigen Kongreß sind zum erstenmal auch deutsche Vertreter beteiligt, nachdem die Gründung der Internationalen Handelskammer in der wilden Zeit des Londoner Ultimatums noch mit einer deutlichen Spitze gegen Deutschland erfolgt war. Die Kongresse der Internationalen Handelskammern sind dadurch ausgezeichnet, daß es sich nicht um Zusammenkünfte von Delegierten der Regierungen, sondern um Vertreter der kapitalistischen Privatwirtschaft handelt, so daß das internationale Unternehmertum unter sich ist.

Sicherlich ist die Organisation der Internationalen Handelskammer von erheblicher weltwirtschaftlicher Bedeutung. Sie ist besonders groß im gegenwärtigen Augenblick, nachdem die Genfer Weltwirtschaftskonferenz auseinandergegangen ist, nicht ohne auf gewissen Gebieten den Regierungen in der Welt wertvolle und leider nur sehr spät kommende Anregungen gegeben zu haben. Die wichtigste dieser Anregungen ist der Abbau der Zölle, die zweifellos auch in Stockholm eine gewisse Wirkung ausüben wird. Auf der Tagesordnung stehen Fragen des Handels und des Transportes, der Doppelbesteuerung, der gegenseitigen Behandlung der Ausländer, des internationalen Schieds- und Wechselrechts und die Praxis der wirtschaftlichen Schiedsgerichte.

Gleich die Einleitung der Verhandlung brachte einen erfreulichen und in seiner Offenheit überraschenden Appell an die Industriellen der einzelnen Länder im Anschluß an die Vor-

berungen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz. Sir Allan Anderson erinnerte an die auf früheren Tagungen aufgestellten Grundsätze und sagte, daß es nicht genügen könne, einstimmige Resolutionen, z. B. gegen die höheren Zollschränken in Europa, zu fassen. Man müsse darangehen, diese Resolutionen zu verwirklichen. Jede einzelne der Internationalen Handelskammern müsse den Mut haben, der eigenen Regierung gegenüber auch zu sagen, daß der Abbau der Zollschränken der eigenen nationalen Wirtschaft zugute komme. Wenn über den Abbau der Zollschränken gesprochen werde, so dürfe man nicht so tun, als ob es die Zölle des anderen wären, die zu ermäßigen sind. Diejenigen, die die Zollgesetze machen, seien die Industriellen selbst, und deshalb müßten diese in allererster Linie, und zwar in ihrem eigenen Interesse für den Abbau der Zollschränken sorgen.

Wir haben dieser Ermahnung nichts hinzuzufügen. Sie ist ein guter Aufruf für die Konferenz. Aber leider ist es nur eine Mahnung, und man wird abwarten müssen, ob und wie die Industriellen diese Mahnung befolgen werden.

Wie Preis- und Lohnerhöhungen wirken.

Die doppelte Moral der Schwerindustrie.

Die Schwerindustrielle Presse argumentiert auf doppeltem Boden: Sie ist bestrebt, die Erhöhungen des Eisenpreises stets als etwas für den Verbraucher gänzlich unmerkliches darzustellen, aber jede Erhöhung der Löhne der Eisenindustrie wird sofort als untragbar bezeichnet. Man beachte z. B. die Berechnungen der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ über die Einwirkung des Eisenzolls auf die Maschinenindustrie. Um den Eisenzoll aus der Gesehe zu retten, in die ihn die Hamburger Rede des Herrn Curtius versetzt hat, wird dargelegt, daß z. B. der Roheisenzoll von 10 M.

je Tonne den Preis einer Gasmachine nur um 0,38 Prozent, die Gebälge zu der Gasmachine nur um 0,55 Prozent, eine Fördermaschine nur um 0,39 Prozent verteuere, und daß bei den Krantomotoren die Verteuerung noch geringer sei.

Wir überlassen es der Maschinenindustrie, zu untersuchen, ob die Zahlen über den gewichtsmäßigen Anteil des Eisens an dem Maschinengewicht von dem schwerindustriellen Organ auch wirklich richtig angegeben werden. (Besonders hat der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten in seiner neuen, der Genfer Konferenz vorgelegten Denkschrift über die Maschinenindustrie der Welt den durchschnittlichen Gewichtsanteil des Roheisens an Maschinen auf 40—50 Prozent, den durchschnittlichen Anteil an Stabeisen auf 30—35 Prozent geschätzt, so daß der Selbstkostenanteil des Eisens etwa 36 Prozent vom Wert betragen dürfte — nämlich etwa 80 Prozent der Materialkosten, die ihrerseits 47 Prozent der Gesamtkosten ausmachen und von denen der geringe Anteil von Neuteilen und Holz abgezogen werden soll. Hingegen beschränkt sich die Berechnung der „Bergwerks-Zeitung“ nur auf Angaben des 40-prozentigen Roheisenanteils und eines ganz geringen (10—25-prozentigen) Anteils an den übrigen Eisensorten. Als ob nicht der Roheisenzoll sich in dem Preise der anderen Eisensorten auswirken muß, als ob diese Auswirkung nicht geradezu die Begründung für den höheren Zollsatz der Walzisenprodukte wäre!

Akzeptieren wir aber die Berechnung der „Bergwerks-Zeitung“, nur um die doppelte Moral der Schwerindustrie klarzumachen. Den halbprozentigen Preissteigerungen infolge des Zolles, von denen es heißt, „daß sie in keinem Verhältnis zum Gesamtpreis der Waren“ stehen, stellen wir die Auswirkung einer entsprechenden Lohn-erhöhung gegenüber. Die Löhne und Gehälter aller berufsgenössenschaftlich verdienenden Arbeiter und Angestellten der Hochofenwerke beliefen sich 1925 auf 58,6 Millionen Mark, der Wert der Hochofen-erzeugnisse betrug 882 Millionen Mark, der Lohnanteil war also 6,6 Prozent. (Heute infolge besserer Anlageausnutzung wohl noch weniger.) Der Roheisenzoll von 10 M. bedeutet bei dem heutigen Preis von 86 M. pro Tonne eine Belastung von 11,6 Prozent. Was würde also eine gleiche Lohnbelastung darstellen? 11,6 x 6,6 Prozent sind 0,78 Prozent — also eine Preisauswirkung von 1/10 Prozent! Hat man aber schon jemals bei einer auch nur halb so großen Lohnerhöhung von der Eisenindustrie gehört, daß eine derartige Preisauswirkung „in keinem Verhältnis zum Preis der Ware“ steht?

Die „Bergwerks-Zeitung“ glaubt behaupten zu müssen, daß der Eisenzoll sich nicht voll auswirkt. Sie vermerkt damit ihr eigenes Marktberichts nur sehr unvollständig. Sonst müßte sie wissen, daß z. B. im Juni die Differenz zwischen den deutschen Preisen und den von der Rohstahlgemeinschaft zusammen mit den Vertretern der eisenerarbeitenden Industrie ermittelten Weltmarktpreisen den Zoll (auch unter Berücksichtigung der Fracht) weit überstiegen hat. Es betrug die Differenz bei Rohblöcken 23 M. (Zoll nur 15 M.), bei Vorblöcken 27 M. (Zoll 15 M.), bei Knäppeln und Blättern 25,50 M. (Zoll 15 M.), bei Stabeisen 38 M. (Zoll 25 M.), bei Bandblechen 36,50 M. (Zoll 25 M.). Auch für das Roheisen, für das verhandlungsmäßige Ermittlungen fehlen, beweisen Marktberichte das gleiche. Ende Mai wurden auf dem europäischen Markt Aufträge für englisches Roheisen zwischen 62 und 63 Schilling (siehe „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 5. Juni 1927 und „Stahl und Eisen“ vom 9. und 16. Juni) hereingenommen, während der deutsche Inlandspreis 86 M. betrug.

Auch nach Berücksichtigung der Qualitätsspannen (die auf 5 bis 8 M. geschätzt werden) und der Frachtdifferenzen dürfte somit die volle Ausnutzung des 10-Mark-Roheisenzolls bemessen sein.

Die zweite Woche nach der Diskonterhöhung. Für das volle Prozent Diskonterhöhung, das die Reichsbank ansetzte, ist ihre Entlastung in der zweiten Woche danach nicht sehr beträchtlich. Die Anlage der Reichsbankgelder in Wechseln und Schecks, Lombarddarlehen und Wertpapieren ging in der Formache um 106,7 auf 213,8 Millionen zurück. Der Wechselbestand, in dem sich die Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Wirtschaft am deutlichsten ausdrückt, sank um 99,5 auf 201,4 Millionen, während die Lombardbestände um 7,2 auf 21,3 Millionen zurückgingen. Im Bereiche mit der gleichen Zeit der Vormonate dieses Jahres bleibt dieser Wechselbestand trotz der Diskonterhöhung noch absolut der höchste. Und wenn in der ersten Woche nach der Diskonterhöhung eine starke Entlastung des Wechselportefolles (221,3 Millionen) eingetreten war, so ist die jetzige mit 99,5 Millionen verhältnismäßig gering. Das Konto der Kundengelder der Reichsbank erfuhr eine Steigerung um nur 9,9 auf 769,5 Millionen. Die starke Inanspruchnahme auf dem Wechselkonto wurde also hier nicht weitgemacht. Auch der Umlauf an Geldscheinen blieb sehr hoch. An Reichsbanknoten und Rentenscheinen zusammen fielen nur 138,4 Millionen in die Reichsbankkassen zurück, so daß der Gesamtumlauf mit 4162,1 Millionen mit Ausnahme des Monats Mai (12 Millionen höher) ebenfalls der höchste dieses Jahres für die dritte Monatswoche geblieben ist. Der Umlauf an Reichsbanknoten ging um 122,7 auf 3219,3 Millionen und der an Rentenscheinen um 15,7 auf 942,8 Millionen zurück. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben durch die Diskonterhöhung auch jetzt noch nicht gewonnen, sind vielmehr um 5,7 weiter auf 1873,1 Millionen verringert. (Gold um 0,7 auf 1802,8, deckungsfähige Devisen um 4,9 auf 70,3 Millionen Mark.) Dementsprechend ist auch das Deckungsverhältnis ungünstig geblieben. Reichsbanknoten und Rentenscheine zusammen sind durch Gold mit 43 Proz. gedeckt, so daß wir auch hier für die dritte Monatswoche dieses Jahres die niedrigste Deckung zu verzeichnen haben.

Ausdehnung des Hoefch-Konzerns. Die Eisen- und Stahlwerke Hoefch in Dortmund haben die Dortmund Drahtseilwerke Bochum, die Eisenhoff, Romanbüchelgesellschaft, käuflich übernommen. Die Beteiligungsquote der Hoefch-Gruppe am Drahtseilverband erhöhte sich dadurch in einem solchen Umfang, daß die Firma Hoefch einer der stärksten Teilhaber des Drahtseilverbandes sein dürfte.

Zusammenschluß im Baumwoll- und Leinenwarengroßhandel. Nach langen Vorarbeiten haben sich zahlreiche Großhändler des Baumwoll- und Leinenwarengeschäfts aus allen Teilen des Reiches zu einer Interessengemeinschaft des Baumwoll- und Leinenwarengeschäfts zusammengeschlossen. Der Zweck des Zusammenschlusses ist nach der bekannten alten Formel, die dem Großhandel dieser Branche gebührende, heute aber vielfach bedrohte Stellung als Mitglied der Warenverteilung zu sichern und auszubauen. Es wird für notwendig gehalten, zu betonen, daß die Neugründung keine Kompensationsorganisation sein soll, obwohl man in demselben Satz von der einheitlichen und geschlossenen Zusammenfassung der Macht des einschlägigen Großhandels spricht. Nachzusammenschlüsse dienen immer der Sicherung von Vorteilen und meistens auf Kosten eines anderen. Man sollte also ruhig das Kind beim Namen nennen.

Weitere Produktionsbeschränkung in der englischen Baumwollspinnerei. Die englische Cotton Yarn Association hat sich gezwungen gesehen, eine weitere Einschränkung der Produktion für die amerikanische Baumwolle verarbeitenden Spinnereien anzuordnen. Die Einschränkung tritt am 4. Juli in Kraft und ist für die einzelnen Garnsorten verschieden. Für die hauptsächlichsten Sorten ist die Einschränkung auf 50 Proz. der vollen Kapazität festgesetzt worden gegen bisher 25 bis 30 Proz.

Faschisten, Kommunisten und Sozialdemokratie.

Beratung des deutsch-italienischen Vergleichsvertrags. — Der Pachtschutz vor dem Reichstag

Am Reichstag mußte gestern die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über Kriegsgüter wegen Abwesenheit des Reichsaussenministers von Berlin von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das Haus berät den

Deutsch-italienischen Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag.

Abg. Schüding (Dem.) begrüßt die Vorlage im Namen der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union. Verträge dieser Art würden überflüssig geworden sein, wenn es gelungen wäre, das Genfer Protokoll zur Anerkennung zu bringen. Wir müßten uns darüber freuen, daß der Rechtsgedanke zwischen den Völkern in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht habe, und daß Deutschland dabei an führender Stelle steht.

Abg. Stöcker (Komm.) glaubt nicht daran, daß dieser Vertrag der Erhaltung des Friedens diene, zumal sein Zustandekommen vom Geiste Chamberlains überschattet worden sei. Auch aus der Begründung des Vertrages ergebe sich keine Wertlosigkeit. Mit einem Bande, in dem Mussolini herrsche, könne man keinen Frieden halten, daher sei auch dieser Vertrag zwecklos. Die Sozialdemokraten seien mit Schuld daran, daß es mit Italien soweit gekommen sei.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

bezeichnet es als selbstverständlich, daß der Abg. Stöcker gegenüber den Angriffen seiner früheren Parteigenossen Ruth Fischer und Dr. Korsch das Bedürfnis fühle, zu zeigen, daß er mit den Sozialdemokraten keine Gemeinschaft habe. Wir können nicht sozialphantastisch aufbringen, um in dem vorliegenden Vertrag ein Stück des neudeutschen Imperialismus zu sehen, als ein neues Glied in der Kette der antirussischen Front. Mussolini soll mit dem Austritt aus dem Völkerbund gedroht haben, wenn dieser sich mit der albanischen Frage befaße, dann sei doch aber dieser Vertrag zwecklos. Ob diese Behauptung richtig ist, bleibe dahingestellt. Wir haben doch aber schon zwei gleiche Verträge mit einem anderen Staate abgeschlossen, der überhaupt noch nicht dem Völkerbund angehört hat, nämlich mit Rußland, und auch die Kommunisten haben zugestimmt. Im allgemeinen pflegen wir mit den Kommunisten keine Diskussion, wir überlassen das viel lieber ihren ehemaligen Freunden. Von dieser Gepflogenheit will ich heute abgehen, um einige Dinge richtig zu stellen.

Wir sind die letzten, die die Gefahr leugnen, die mit dem Faschismus verbunden sind. Mehr als einmal haben wir darauf hingewiesen. Wir leugnen nicht, daß vom Faschismus eine Bedrohung des Friedens Europas ausgeht. Wenn aber die Möglichkeit besteht, diese Gefahr zu vermindern, dann wären wir doch Toren, wenn wir sie nicht benutzen wollten. Keinhliche Verträge wie den vorliegenden haben wir mit einer ganzen Reihe anderer Staaten abgeschlossen.

Unseren Forderungen entspricht dieser Vertrag schon deshalb nicht, weil er einen Unterschied zwischen Rechts- und politischen Konflikten macht, während wir danach trachten, alle Konflikte einem obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren zu unterwerfen.

Diese Verträge bieten nicht die letzte Garantie für die Erhaltung des Friedens, aber die Tendenz, die im Abschluß solcher Verträge liegt, trägt zur Verbreiterung des Schiedsgerichtsgedankens bei und sie hat deshalb unsere Unterstützung. Schon lange vor dem Kriege hat die damalige sozialdemokratische Partei das Schiedsgerichtswesen gefördert. Wir kennen auch die ungeheuerlichen Verfolgungen, denen sich Mussolini und der Faschismus auszulassen lassen, und wir haben unsere Absichten dagegen bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck gebracht. Die Russische Revolution in Rom hat das sehr viel weniger getan, als sie unmittelbar nach der Ermordung unseres Parteifreundes Malceff ein Bankett zu Ehren Mussolinis gab. Gewiß gibt es auch bei uns, wie in jeder Bewegung Abtrünnige, aber darüber sollten doch die Kommunisten, bei denen es doch solche Leute genug gibt, am wenigsten reden. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Führer des Sozialismus, daß die Führer der Arbeiterbewegung in Italien in opferreichen Kämpfen gegen den Faschismus stehen. Zum Teil müßten sie in der Verbannung leben, um von dort aus zu versuchen, dieses Regime zu drehen. Aber wenn wir daran erinnern, dann nicht, um das Schiedsverfahren mit Italien abzulehnen. Wir müßten ja sonst auch gegenüber Rußland ebenso handeln.

In Rußland gibt es wohl keine Verfolgungen von Sozialdemokraten? Es gibt wohl keine Gefängnisse für proletarische Gegner des Bolschewismus? Und wenn Sie (zu den Komm.) bisher noch gar nichts davon gehört haben sollten, so hat Ihnen ja Ihr Freund Dr. Korsch jetzt die Namen von revolutionären Arbeitern genannt, die in Rußland verfolgt werden und in Gefängnissen schmachten.

Sie haben daraus doch nicht den Schluß gezogen, mit Rußland keinen Rapallo- und keinen Berliner Vertrag abzuschließen. Gilt aber für Rußland die Nichtteilnahme in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, wie jetzt erst die „Iswestija“ betont hat, so muß das auch für Italien Geltung haben. Wir stimmen dem Vertrag zu, wir bleiben die schärfsten Gegner des Faschismus, aber wir wollen in Frieden und Freundschaft mit dem italienischen Volke leben und hoffen, daß sich der Vertrag so auswirken wird, daß schließlich auf der Gegenseite nicht Mussolini, sondern das italienische Volk stehen wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. v. Rheinbaben (D. B.): Der Völkerbund ist eine Methode der internationalen Verständigung. Dieser Charakter des Völkerbundes verpflichtet uns auch mit Italien ein günstiges Verhältnis zu finden.

Der Reichstag tritt dann in die Fortsetzung der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Pachtschutzordnung ein. Nachdem der Berichterstatter Westermann die Annahme der Ausschlußbeschlüsse empfohlen hat, spricht

Abg. Tempel (Soz.)

Er bedauert, daß wegen der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag eine Dauerregelung der Pachtschutzordnung nicht getroffen werden kann. Um die allgemeine Unsicherheit auf diesem Gebiete nicht zu erhöhen, wird die sozialdemokratische Fraktion dem vorliegenden zweijährigen Provisorium ihre Zustimmung geben. Man müßte aber heute schon ein Provisorium, das im wesentlichen das Moment der Unsicherheit in sich trägt, vermeiden können. Volkswirtschaftliche Interessen großen Umfangs verlangen eine bessere und dauernde Regelung. Wenn in zwei Jahren ein anderer Reichstag zusammengetreten sein wird, dürften sich auch die Verhältnisse derart verschoben haben, daß das vorliegende Provisorium durch eine endgültige Regelung abgelöst werden kann.

Die Sozialdemokratie wird den Kampf des Bauerntums um ein neues Boden- und Pachtrecht unterstützen.

Die kleinen Bauern haben sich gegen die großen Grundbesitzer erhoben. Die ersten Früchte ihrer Kämpfe liegen schon vor, andere größere Erfolge stehen bevor. Wir fühlen uns für die Interessen des Kleinbauertums verantwortlich. Wir stellen uns in Gegenlag zu den Kommunisten, die mit ihren Anträgen keine ausreichende Hilfe für das Kleinbauertum veranlassen wollen, sondern nur ihre agitatorischen Bedürfnisse befriedigen.

Die Sozialdemokratie wird gegen diese Anträge stimmen, so hat eigene Anträge gestellt, die die wirklichen Interessen des Bauerntums berücksichtigen. Der Redner trägt im folgenden besonders kräftige Fälle von wirtschaftlicher Härte vor und knüpft hieran die Begründung für die Anträge der Sozialdemokraten. Besonders muß gefordert werden, daß Wöchnerinnen und Schwangere das Recht

erhalten, von der landwirtschaftlichen Arbeit befreit zu werden. In der jetzigen Fassung der Pachtschutzordnung bringt sie nur halbe Maßnahmen. Es muß jetzt endlich das alte Unrecht, das an den Pächtern begangen worden ist, gutgemacht werden.

Wir wollen eine Dauerregelung des Pachtschutzes. Ob es dazu kommt, hängt allerdings von dem künftigen Reichstag ab und von der politischen Einstellung der Kleinbauern. Sie müssen endlich erkennen, daß sie mit den Proletariern der Städte zusammenzugehen haben, wenn sie einen wirklichen Pachtschutz und die anderen ihnen bisher vorenthaltenen Rechte erhalten wollen.

Die Sozialdemokratie wird dafür kämpfen, daß ein wirkliches Bauernrecht, das wir so dringend brauchen, geschaffen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rönneburg (Dem.) bedauert, daß die Reichsregierung dem Reichstagsbeschlusse nicht nachgekommen ist, der an Stelle des Provisoriums ein Dauergesetz über den Pachtschutz verlangte. Erfreulicherweise seien die früheren Heerführer gegen den Pachtschutz jetzt unter dem Eindruck der Kleinbauernbewegung verstummt. Die Demokraten beantragen ebenso wie die Sozialdemokraten die Ausdehnung des Pachtschutzes auf alle Verträge. Weiter beantragen sie die Umwandlung der auf Roggenmarkt abgeschlossenen Pachtverträge auf Reichsmark.

Abg. Buh (Komm.) begründet zwei Anträge, wonach der Pachtschutz von 10 auf 15 Hektar erhöht und der Pachtschutz so lange verlängert werden soll, bis das neue Pachtrecht geschaffen ist.

In der Abstimmung werden eine Reihe von Änderungsanträgen abgelehnt. Die von der Sozialdemokratie beantragte namentliche Abstimmung über ihren Antrag auf Streichung des § 7 der Pachtschutzordnung, der eine Einschränkung der Bestimmungen erhält, wird auf eine spätere Stunde verlagert.

Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrags betr. Mitteilung der Aufsichtsratsposten von Mitgliedern an den Reichstagspräsidenten.

Abg. Henning (vösl.) meint, daß mit diesem Antrag der gemeinsame Zweck nicht erreicht werde. Man solle überhaupt verbieten, daß Politiker Aufsichtsratsposten annehmen.

Der Antrag wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Einige Anträge zur Erwerbslosenfürsorge werden nach den Beschlüssen der Ausschüsse für erledigt erklärt, ebenso ein Antrag betreffend Maßnahmen zur Milderung der allgemeinen Kreditnot und ein anderer Antrag zur Roh-, Gewichts- und Eichordnung.

Die namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung des § 7 der Pachtschutzordnung wird mit 180 gegen 155 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Das Haus tritt in eine Debatte über das von den Sozialdemokraten beantragte Pensionsfürsorgengesetz ein, über die wir im Hauptblatt berichteten.

Staatsbetriebe und Handwerk.

Es folgt die Beratung eines Antrages Loibl (Bayr. Sp.) auf Beschränkung der Zahl der wirtschaftlichen Betriebe des Reichs und anderer öffentlicher Körperschaften. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich mit dem Antrag im wesentlichen einverstanden erklärt.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)

wendet sich gegen den Antrag, weil er in dieser Form widersprüchlich und unklar sei. Die Antragsteller haben auch im Ausschuß nicht klargestellt, in welchem Maße die Einschränkung der Reichsbetriebe usw. durchgeführt werden sollte. Das Reich muß das Recht haben, in Konkurrenz zu treten auf Grund der Gewerbeordnung. Es ist davon gesprochen worden, daß die Interessen des Handwerks berücksichtigt werden sollen, in den Großbetrieben des Reichs kommen Handwerksinteressen nur in ganz minimalem Umfange in Frage. Dem Handwerk drohen, wenn man schon davon sprechen will, von ganz anderer Seite Gefahren, von den Spikenerbänden des Handels und der Industrie. Auch die öffentlichen Betriebe müssen auf Grund der Gewerbeordnung mit in Konkurrenz treten. Der Kleinhandel wird durch den Großhandel und durch die Konzerne, durch Ausschaltung des Zwischenhandels, durch Aufnahme direkter Beziehungen zu der Verbraucherschaft gefährdet. Die Anträge sind nicht geeignet, praktische Besserung herbeizuführen.

Abg. Loibl (Bayr. Sp.) tritt für den Ausschlußantrag ein, an eine Beseitigung der Gemeinnützigen Versorgungsbetriebe denke man nicht. Die Betriebe der Länder und Gemeinden seien nicht mit benannt, es sei Sache der Länder selbst, hier nach dem Rechte zu sehen.

Abg. Liener (Dnat.) betrachtet die wirtschaftliche Betätigung der Länder und Gemeinden für noch gefährlicher für das Kleingewerbe als die Reichsbetriebe. Es komme dabei nichts weiter raus, als eine Verschleuderung öffentlicher Mittel.

Abg. Bartsch (Dem.) besorgt sich über die Konkurrenz der Schneiderbetriebe der Reichsmarine und der Stellmachereien der Reichsmehr. Kein Reich wolle öffentliche Monopolbetriebe, wie Gas-, Wasser und Elektrizitätswerke zu Privatbetrieben machen.

Gegen 17¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 16 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Verlängerung und Änderung der Mietgesetze, ferner auf Antrag des Abg. Hilferding (Soz.) die erste Lesung des sozialdemokratischen Antrags auf Herabsetzung des Rehschuldes.

11. August: Verfassungstag.

Auch das rechte Zentrum dafür.

Die Sozialdemokratische Partei hat zusammen mit den Demokraten bekanntlich vor kurzem im Reichstag einen Initiativantrag eingebracht, daß der Verfassungstag am 11. August zum Nationalfeiertag erhoben werden soll. Am Montag nimmt nun das große rechtsstehende westfälische Zentrumsbüro, die „Tremonia“, in einem Leitartikel ausführlich Stellung zu der Frage des Nationalfeiertages. Sie kommt zu dem Schluß, daß der 11. August eingestellt sind, immer kleiner werden und die überflüssig abzugeben, zumal die Kreise, die gefühlsmäßig gegen den 11. August eingestellt sind, immer kleiner werden und die überwiegende Mehrheit des Volkes immer mehr zu der Ueberzeugung komme, wie groß der Teil der Schöpfung der deutschen Verfassung gemein sei. Die „Tremonia“ kommt zu dem Schluß, daß das Zentrum den Antrag der Sozialdemokratie nicht ablehnen könne und benutzt die Gelegenheit, gleichzeitig scharf mit den Deutschnationalen abzurechnen, die in ihrer widersprüchlichen Politik gleichzeitig die Verfassung bekämpfen und doch den Reichsinnenminister, d. h. den ressortmäßigen Wächter über die Verfassung in der Reichsregierung, gestellt haben.

Es ist zu begrüßen, daß mit dieser Stellungnahme der „Tremonia“ auch der rechtsstehende Teil des Zentrums sich klar und eindeutig für den 11. August als Nationalfeiertag ausgesprochen hat, und es darf nun wohl mit Bestimmtheit erwartet werden, daß mit größter Befriedigung der Rechtsauschuß des Reichstages, dem der Antrag überwiesen ist, im positiven Sinne Stellung nimmt, damit in diesem Jahre zum ersten Male der 11. August in ganz großem Umfange als gesetzlicher Feiertag und Volksfeiertag der Deutschen Republik begangen werden wird.

Die Technik begünstigt die Sonntagsruhe.

Im Konditorgewerbe, wo Sonntagsarbeit gefordert wird

Während die Regierungsparteien im Reichstag die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in den Konditoreien beantragen, bringen im Bundesorgan der Konditoren die Fachmänner den Nachweis, daß heute Einrichtungen erfunden sind, die die Konservierung von Speiseeis und leichtverderblichen Sachen glänzend erfüllen und damit die Sonntagsarbeit überflüssig machen. So heißt es in dem Bundesorgan, daß die Deutsche Sprengluftgesellschaft ein Kältemittel gefunden hat, das, in bestimmte Behälter gebunden, sich einfrieren läßt und für lange Zeit Kälte spendet. Diese Behälter werden als Kältepatronen bezeichnet. Die von der Eiscreme-Industrie angestellten Versuche haben glänzende Resultate gezeigt. Die Verwendbarkeit der Kältepatronen für den Groß- wie für den Kleinbetrieb ist einwandfrei festgestellt. Die Versuche beziehen sich nicht nur auf Speiseeistransportoren, sondern auch auf die Speiseeiskonservatoren, die zur Aufbewahrung des losen Speiseeises dienen. Die Verwendbarkeit dieser Kältepatronen legt keine Kühl- und Gefrieranlage voraus. Wozu also Sonntagsarbeit? Will man den technischen Fortschritt unterbinden? Nicht die Unterbindung des technischen Fortschrittes, sondern die Erleichterung der Lage der Arbeiterschaft mit Hilfe der Technik und Rationalisierung ist Aufgabe der Sozialpolitik!

Die Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau.

Bochum, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der am 23. Juni 1927 für den Ruhrbergbau getätigten Wahlen liegt nunmehr vor. Es haben Stimmen erhalten: Liste I Verband der Bergarbeiter: 164 860 = 68,68 Proz., Liste II Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter: 63 390 = 26,41 Proz., Liste III polnische Berufsvereine: 4147 = 1,72 Proz., Liste IV Gewerkschaft Hirsch-Dunder: 7069 = 2,94 Proz.; ungültig waren 548 Stimmen = 0,22 Proz. Nach dem vorliegenden Ergebnis entfallen von den zwanzig Mitgliedern der Arbeitnehmer in der Arbeitskammer fünfzehn auf den Bergarbeiterverband und fünf auf den christlichen Gewerkschaften. Die polnische Berufsvereine und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft gehen leer aus. Der Bergarbeiterverband gewinnt ein Mandat, das der christliche Gewerkschaft verliert.

Die Wahlen der Bergbauangestellten.

Essen, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Arbeitskammerwahlen der Angestellten im Ruhrbergbau in insgesamt 247 Stimmbezirken liegt am 24. Juni vor. Wahlberechtigt waren 23 007, gewählt haben 18 785 Personen. Das Abstimmungsergebnis ist folgendes: Liste 1 AFA-Bund: 6 877 Stimmen = 5 Sitze; Liste 2 RWB-Bund und GdV: 5 657 Stimmen = 4 Sitze; Liste 3 GdDaR und RWB: 2 655 Stimmen = 2 Sitze; Liste 4 Jochliste: 3 446 Stimmen = 2 Sitze. Eine Änderung der Sitzverteilung gegenüber der Wahl von 1925 tritt nicht ein. Gemessen an dem Rückgang der Zahl der Wähler hat die Liste des AFA-Bundes einen Gewinn von 5,2 Proz.

Die Arbeitszeit und die Nordwestliche.

Essen, 27. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Essen teilt mit: Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest versucht eine Vereinbarung, die eine Abgeltung in den vom 11. Mai vereinbarten Mehrarbeitszuschlägen gemäß dem Arbeitszeitgesetz vom 14. April 1927 anstrebt, in der Form zu regeln, daß die Mehrarbeitszuschläge in Form eines prozentualen Zuschlags abgegolten werden sollen. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat diese Regelung auf Grund grundsätzlicher Bedenken abgelehnt.

Das Arbeitszeitabkommen wurde gefündigt, um die Arbeitszeit wieder auf acht Stunden zu bringen, nicht um die Mehrarbeitszeit zu verewigen.

Um die Arbeitszeit in der Kölner Metallindustrie.

Köln, 27. Juni. (Eig. Drahtber.) Seit 14 Tagen laufen in der Kölner Metallindustrie die Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage, ohne daß bisher für die Arbeitnehmer ein annehmbares Ergebnis erzielt werden konnte. Am vergangenen Sonntagabend sind diese Verhandlungen endgültig gescheitert. Die Kölner Metallarbeiter haben daraufhin beschlossen, vom Montag ab nach achtstündiger Arbeitszeit die Betriebe zu verlassen. Die Belegschaften der Kölner großen Werke sind zum Streik fest entschlossen. Es ist damit zu rechnen, daß sie im Laufe des Dienstags die Arbeit einstellen. Das Gros der Betriebe ist jedoch geneigt, das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß am Dienstag abzuwarten. Von der Entscheidung des Schlichtungsausschusses dürfte demnach der Frieden im Kölner Metallindustriebezirk abhängen.

Wer nicht Ueberstunden macht, wird eingesperrt.

So etwas gibt es auch, und zwar in Breslau. Dort haben bei der Firma R. u. G. die Arbeiterinnen die Ueberstunden verweigert mit der Begründung, sie möchten nicht früher Ueberstunden, bis ihre Löhne im Rahmen des Tarifs geregelt seien. Bei der Firma herrscht zurzeit Hochbetrieb, daher Ueberstunden-schinderei. Eine entsprechende Bezahlung gewährt die Firma natürlich nicht. Als die Arbeiterinnen nach achttündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen wollten, war plötzlich das Fabriktor verschlossen und der Portier hatte Anweisung, keine Arbeiterin vor Ablauf der Ueberstunden herauszulassen. Erst nach energischem Protest bequeme man sich dazu, die Tore zu öffnen.

Ueberstunden ohne entsprechende Bezahlung, erzwungen durch Freiheitsberaubung — das wäre für viele Unternehmer eine willkommene Lösung. So gehts aber denn doch nicht!

Die Unfallsziffer im Baugewerbe Bayerns.

In Bayern hat sich die Unfallsziffer im Baugewerbe in den letzten Jahren in geradezu erschreckender Weise vermehrt; im Verlaufe zweier Jahrzehnte mehr als verdreifacht. Während im Jahre 1925 bei rund 35 000 versicherten Betrieben mit 90 456 vollbeschäftigten Arbeitern noch 7521 Unfälle verzeichnet wurden, war die Zahl der angemeldeten Unfälle im Jahre 1926 bei der gleichen Anzahl von Betrieben mit nur mehr 78 135 Vollarbeitern 12 321. Die Zahl der Entschädigungspflichtigen tödlichen Unfälle betrug im Jahre 1926: 68. In Verhältniszahlen ausgedrückt, sind das bei 1000 versicherten Personen zu rund 300 Arbeitstagen gerechnet, 184,3 gemeldete Unfälle, darunter 12,2 entschädigungspflichtige und 0,78 tödliche Unfälle. Also trotz des bedeutenden Rückganges der im Baugewerbe beschäftigten Personen hat sich die Unfallsziffer ungeheuer vermehrt. Seit Jahr und Tag kämpft die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag vergeblich für eine Ausstattung der Gewerbeaufsichtsbeamten mit polizeilichen Nachbefugnissen. Solange diese Forderung nicht durchgeht, wird kein Stillstand, viel weniger ein Rückgang der katastrophalen Bauarbeiterunfallsziffer zu verzeichnen sein.

Beendeter Lohnkampf in der Prager Seidenindustrie.

Prag, 27. Juni. (Tl.) Der Lohnkampf der Arbeiterschaft in der Seidenindustrie kann als beendet angesehen werden. Die neuen Vereinbarungen bedeuten eine Lohnerhöhung von 5 bis 7 Proz. Der Streik und die Aussperrung betraf über 12 000 Arbeiter.

24 Stunden Arbeiter in Moskau.

Eine Skizze von Raoul.

Nach lag tiefe Dämmerung über der Stadt, als wir in den kalten Morgen hinaustraten. Es schlug sechs Uhr, als wir durch die Uliza Bawarta auf den „Krasni Plotschao“, den roten Platz, gelangten. Gespensisch roigten die Türme des Kreml zum schwarzen Himmel, und vor dem Mausoleum Lenins schritten die wachenden Rotgardisten auf und ab. Als wir durch die Twerstaja, die Hauptverkehrsader Moskaus, auf die Sadowaja gelangt waren, wurde mein Blick von einigen Gestalten, die um ein verglimmendes Kohlenbecken auf bloßer Erde lagen, angezogen, und in der Nähe konnte ich dann barfüßige, zerlumpte, halbwüchsige, junge Burschen erkennen, die da friedlich neben alten, härtigen Männern schliefen. Einer der Alten erwachte und blinzelte mich an: „Tomarisch, gib mir einen Pappros!“ (russische Zigarette mit sehr langem Pappmündstück). Ich ließ mich mit dem Alten in ein kurzes Gespräch ein und erfuhr, daß er und alle, die gleich ihm hier schliefen, dieses Quartier den vielen öffentlichen Anlagen vorzogen. Ueber das Warum von mir gefragt, sagte er mir leise: „Darüber traue ich mich hier nicht zu sprechen, Tomarisch, bei uns in Moskau hat die G.P.U. große Ohren.“

Nachdem ich dem Alten meine wenigen Papprosi gegeben hatte, machten mein Quartiergeber und ich uns wieder auf den Weg. Nach etwa 20 Minuten waren wir aus der Stadt draußen auf der Landstraße. Die Zahl der Fußgänger war hier schon zahlreicher, und bald sah ich auch deren Ziel: die Fabrika Karandoltschi, die Bleistiftfabrik, zu deren Errichtung ein amerikanisches Konsortium eine Konzession auf 30 Jahre von der Sowjetregierung erhalten hatte (als Gegenleistung war die Sowjetregierung mit 15 Proz. an der Produktion, entweder in natura oder Gegenwert in Geld, beteiligt). Mein Genosse erklärte mir nun, daß dies ein typisches Beispiel für die heutigen Zustände in der Union sei. Fast alle der hier tätigen russischen Arbeiter seien nicht mehr Kommunisten, sondern Bepartijni, Parteiloze, da sie durch den Mehrerwerb als solche einerseits sowie durch das Ausbleiben der Erfüllung der von den Bolschewiken gegebenen Versprechungen andererseits, aus der Partei austraten. Die Partei habe auch den größeren Teil ihrer Anhängerschaft, die ihr Lenin ermordet und geführt hatte, verloren, da der Arbeiter von den Versprechungen und Verirrungen nicht leben könne. Tatsächlich erlebe er nur wenige. Mit einem gewissen Ingrimm setzte er nun fort: „Zu einer Zeit, als wir im Lande selbst große Not litten, Tausende von arbeitslosen Kameraden hatten, da sammelte man (er sagte niemals „wir sammelten“ oder „wir gaben“, Ann. des Aut.) für die streifenden Bergarbeiter in England. Man hörte und las nur von England und über die Lage im Lande des Kapitalismus. Aber wie man uns helfen sollte, daran dachte man nicht.“

Nun waren wir auch schon an die Stätte gekommen, wo ich durch Vermittlung meines Genossen Arbeit bekommen sollte. Ein einfacher, vielfach durchbrochener Holzstamm umgab eine große Fläche, in deren Mitte sich ein einfacher, niedriger Ziegelbau befand: die Leertabrik. Es war sieben Uhr, als wir den dämpfenden Raum betraten und ich zum Wertführer gebracht wurde. Dieser, ein kleiner, verbärteter Mann, war einst Besitzer einer Ziegelbrennerei gewesen. Heute ist er Führer dieser kleinen Fabrik und Vertretungsmann der Regierung, der die Aufsicht, Buchhaltung und das Ansehen zu führen hat. Als er hörte, ich sei Destrierer und seit wenigen Tagen hier, hatte er gegen meine Tätigkeit nichts einzuwenden. Ich erhielt einen Bleistift von ihm und mußte eine russische Schriftprobe machen. Als diese zu seiner Zufriedenheit ausfiel, schickte er mich in den Hof, wo ich auf alle lagernden Fässer Buchstaben und Zahlen zu malen hatte. Gegen neun Uhr kamen die Wagen und ich mußte nun Bestimmungsort und Nummern der Fässer notieren. Dann war ich „arbeitslos“, da ja nicht viel zu tun war, und so ging ich in die Fabrik, um mir das alles anzusehen. Ein großer, rauchiger Saal, dessen Fußboden in einigen Jahren infolge des vergessenen Teers wohl um einen Meter höher sein wird, hatte einen, aus gewöhnlichen Ziegeln (meines Erachtens auch sicher von keinem Fachmann ausgeführten) Herd von zwei Metern Höhe. Auf die Umfassungsmauer, auf der zwei Arbeiter mit einfachen Holzstangen standen und den tosenden Teer umrührten, gelangte man über ein nicht befestigtes Brett, das vom Boden aus steil hinaufführte. Auf der anderen Seite war ein einfacher Auslauf, der durch ein Holzschieber geöffnet bzw. geschlossen wurde.

Um 12 Uhr ist eine Pause von 30 Minuten, während der ein Stück Schwarzbrot und Modda als Stärkungsmittel eingenommen wurden. Hier erfuhr ich, daß jeder, der sechs Monate ununterbrochen oder insgesamt (d. h. mit Unterbrechungen) gearbeitet habe, Anspruch auf acht Tage Urlaub habe. Die Dauer der Arbeitszeit ist aus dem Arbeitsbuch zu ersehen, und da der Chef ja in allen Betrieben derselbe ist, nämlich der Staat, so ist es gleichgültig, wo der Arbeiter ist. Wenn die Zeit voll ist, erhält er für acht Tage Lohn und Urlaub.

Dann ging es wieder an die Arbeit mit dem „dunstenden“ Teer. Um 3 Uhr wurde Schluß gemacht. Um 4 1/2 Uhr war die Fabrik einsam und verlassen.

Als ich mit meinem Genossen, der mit seiner Familie (Frau und drei Kinder) eine Teilwohnung, bestehend aus zwei kleinen Zimmern sowie Benutzungsrecht des gemeinsamen Vorzimmers und der gemeinsamen Küche bewohnte, wieder zu Hause war, schlug mir ein undefinierbarer Geruch aus der Küche entgegen. Mein Begleiter, der meine Empfindungen wohl aus meinem Gesicht ablesen konnte, sagte zu mir: „Ja, sieh, Genosse, wenn drei Familien in einer Küche kochen — und jederbissen bereitet doch wohllich niemand hier —, dann geht das nicht anders. Aber du wirst dich schon daran gewöhnen.“

Nach unserer Mahlzeit, die aus einer Gemüseluppe, Tee und Brot bestand, führte mich Piotr, so hieß mein Quartiergeber und Protektor, in das „Dom Sowjetow“, das Sowjethaus. Jedes Sowjetgouvernement hat da ein großes Haus, in dem Vorträge gehalten, Diskussionen geführt und Schreiben gelebt wird. Der Eintritt wird scharf überwacht und wird nur Besitzern der roten Kominternlegitimationen (mit dem Kopfe Lenins auf der Titelseite) gestattet. (Deshalb kann ich zum Beispiel die sechzehn aus Leningrad gemeldeten Attentate durch Bomben usw. nicht gut glauben. Ein Kommunist war der oder die Täterin sicher nicht, und ein anderer, der noch dazu ein verdächtiges Paket trägt, findet keinen Einlaß.) Dort hörte ich einige Vorträge an; dann gingen wir für 10 Kopelen ins Kino zu „Banzerkreuzer Potemkin“, und abends kehrten wir heim. Untermwegs fiel mir nun nochmals die große Zahl der Betrunknen auf, die da ihres Weges torkelten und, wenn sie hinsielen, ruhig auf der Straße schliefen.

Der teure Beschützer.



„Was, den Zoll wollt ihr Hunde nicht zahlen? Glaubst ihr vielleicht, ich schütze eure . . . Republik umsonst!“

Wieder zu Hause angekommen, suchte ich sofort mein Lager auf, das aus wenigen alten Lumpen, die auf dem Fußboden ausgebreitet waren, bestand, deckte mich mit meinem Mantel zu, und meine müden Augen schlossen sich bald. Mein Weib, der mit seiner Frau und einem Kind zusammen in einem Bett schlief, schnarchte schon lange . . .

Ich wünschte nur eines, als ich wieder in Finnland war, daß man doch alle, die auf die herrliche Sowjetunion schwören und sich hochtönend Kommunisten nennen, auf vier Wochen nach Rußland schickte. Aber nicht als Delegation, die auf Staatskosten empfangen und versorgt werden, nein, als Arbeiter, die von ihrer Hände Arbeit ihr und ihrer Familie Brot erwerben. Dann würden viele, wie es geschehen, lieber zu Fuß in die Heimat zurückwandern, denn als Kommunisten in einem Land, wo es keinen Kommunismus mehr gibt, noch härter ums Dasein kämpfen zu müssen.

Holunderblüte.

Der Juni, der Monat der Rosen, der Heurmonat, beschert uns auch die Blüte einer der allerbekanntesten heimischen Heilpflanzen, des Holunders, Hüllers oder Flieders. — In einer Zeit, in der auch die sogenannte Schulmedizin langsam wieder anfängt, sich unserer alten, im Volke nie vergessenen Arzneikräuter zu erinnern, ist es wohl angebracht, einmal wieder darauf hinzuweisen, einer wie großen Beliebtheit sich der jetzt in voller Blüte stehende Holunder in der Volksmedizin erfreut. Bis weit in den Juli hinein dauert die Blütezeit, und es gibt Gegenden in Deutschland, in denen an jedem Holzschuppen, an jeder Scheune, an jedem Stalle ein Holunderbaum blüht, der Baum, der der Göttin des häuslichen Feuers, der Hulda, Holda oder Frau Holle heilig ist. Der Holunder schützt das Vieh vor Krankheit, verschafft der Stallmagd ihren Bräutigam, der Bäuerin gesunde Kinder und wohl in ganz Deutschland gibt es kaum ein Bauernhaus, in dem nicht jetzt die Holunderblüten getrocknet werden; denn der Holunder- oder Fliederte gilt mit Recht als ein wirksames Arzneimittel. Allgemein bekannt ist die schweißtreibende Wirkung des Fliedertees, aber er wirkt auch blutreinigend und gelinde abführend. Katarrhe aller Art werden mit ihm kuriert, wie Husten und Heiserkeit; auch soll er sich bei allerlei Hautkrankheiten bewähren und nervenberuhigend wirken. Keucherlich verwendet man den Fliederte zum Gurgeln, als Bäderzusatz, oder man benutzt ihn wie Kamillen oder mit diesen vermischt zur Herstellung feuchtwarmer Kräuterkissen, die man auf Geschwüre oder wehe Ohren oder bei Weibschmerzen auf den Bauch legt.

Die Pharmakologie, zwar eine alte Wissenschaft, hat doch erst ganz neuerdings die systematische Untersuchung unserer heimischen Arzneipflanzen aufgenommen und steckt in dieser Beziehung noch in den Kinderschuhen. Die Pharmakologie versucht es, die zweifellos heilkräftigen Blüten, Kräuter, Wurzeln unserer Heilpflanzen auf ihre wirksamen Bestandteile hin zu untersuchen. — Auch in der wissenschaftlichen Heilkunde spielt natürlich die reine Erfahrung eine große Rolle, aber man ist doch stets bestrebt, nach einer wissenschaftlichen Begründung der Wirkungsweise der Arzneimittel zu suchen und dazu verhelfen den Ärzten die Arzneipflanzenchemiker. — Die Abneigung der Ärzte gegen die Naturheilkundigen, Homöopathen, Biochemiker usw. beruht zum großen Teil darauf, daß sie deren Heilmethoden wissenschaftlich nicht begründen können. Dem Kranken ist es meist völlig gleichgültig, ob er wissenschaftlich kuriert wird oder aus Grund wissenschaftlich nicht begründeter Erfahrungstafeln. Wer bei den wissenschaftlichen Ärzten keine Heilung findet, geht auch dann zu einem sogenannten Kurpfuscher, wenn er selbst nicht recht an ihn glaubt. Aber der Ertrinkende greift nach jedem Strohhalme, und so versucht man es eben einmal mit der Biochemie oder der Naturheilkunde. Man hat ja auch manchmal Glück, und es ist schon mancher Saulus zu einem Paulus geworden. — Die Geschichte der Medizin lehrt übrigens, daß die Heilmethoden der Kurpfuscher schon frühzeitig werden können, und zwar in dem Augenblick, wo die Wissenschaft den Grund erkennt. Es geht in der Heilkunde ähnlich wie auf vielen anderen Gebieten; man denke nur an die Wünschelrute, an okkulte Dinge, an die Tierpsychologie usw. mit denen die Wissenschaft lange Zeit nichts anzufangen wußte. Erst später wird die wissenschaftliche Erfassung derartiger „magischen“ Vorgänge, weil es nicht immer leicht ist, den behutigen Schwindel von wahrheitsgemäßen Erfahrungstafeln zu trennen.

Unsere Fliederteblüten nun enthalten ein ätherisches Öl, dem man die heilkräftige Wirkung zuschreibt. Wehr meiß man eigentlich nicht, aber das zähe Festhalten der Volksmedizin an dieser Arzneipflanze hat es doch vermocht, die Holunderblüten ohne Unterbrechung offiziell zu erhalten, d. h. die Droge hat stets zum Arzneibuch der Apotheken gehört. — Den Holunderblüten ist es darin besser ergangen wie so vielen anderen heimischen Drogen, die jetzt erst allmählich wieder aus dem Dunkel der Vergessenheit ans Licht gezogen werden. — Der leichte Duft der Holunderblüten ist manchen Menschen unangenehm,

aber andere haben ihn gern, und zu diesen gehören alle diejenigen, für die es keinen größeren Genuß im Juni gibt, als „Höllerrüchle“ zum Kaffee zu essen. In manchen Gegenden Süddeutschlands ist das Baden der Höllerrüchlein ein Fest, wie das Kuchenbacken zu Weihnachten. Die ganzen frischen Rispen-Dolden werden in einem Eierkuchenteig getaucht und dann in Butter- oder Schweineschmalz gebacken. Man isst also die Blüten mit und nur die Blütenstiele bleiben zurück.

Die Holunderbäume wachsen rasch und sind ziemlich anspruchslos, so daß sich eine Kultur in größerem Maßstabe sicher lohnen würde, da der Bedarf an Fliedertees ein recht großer ist. Auch die schwarzen Beeren des Holunders können in der Küche oder auch zu Arzneizwecken verwendet werden. Man kann auch einen Wein aus ihnen herstellen, wie aus Heidelbeeren, der sehr wohlschmeckend ist und außerordentlich gesund sein soll.

Der Holunder ist demnach eine ideale Arzneipflanze, aus der man Kuchen und Wein bereiten kann, und man sollte den guten Holunderbaum nicht als Achenbrödel behandeln, wie es so oft geschieht; er braucht sich seiner Nachbarn, der anspruchsvollen Rose, in keiner Weise zu schämen, denn auch Form und Farbe seiner Blüten können sich sehr wohl sehen lassen.

Dr. B.

So werden Weltrekorde vergessen!

Ein ganzer Kontinent jubelte in den letzten Wochen den kühnen Ozeanfliegern zu. Nur Leute mit gutem Gedächtnis erinnern sich da noch an einen Weltrekord, der nur 20 Jahre zurückliegt. Beijing — Paris in 60 Tagen im Auto — das war damals ein Ereignis, von dem die ganze Welt sprach, und die Sieger wurden mit demselben Enthusiasmus gefeiert, wie heute Lindbergh und Chamberlin. Die Fahrt war vom Pariser „Matin“ veranstaltet worden, die Leistungsfähigkeit des Autos als Passagierfahrzeug zu erproben. Am 10. Juni verließen fünf Autos, davon drei französische, ein holländisches und ein italienisches, Beijing. Der italienische Wagen wurde vom Fürsten Borghese gesteuert. Ihn begleitete der bekannte Berichterstatter des „Corriere della Sera“, Luigi Borzini. Beim Start glaubte kein Mensch, daß die Aufgabe gelöst werden könne. Als aber die Mailänder Zeitung das erste Telegramm erhielt, in dem Borzini mitteilte, daß China bereits durchquert sei, war der Jubel allgemein. Am 10. August traf dann das Auto des Fürsten Borghese in Paris ein. Die Begeisterung der Bevölkerung kannte keine Grenzen — und heute ist die kühne Tat beinahe vergessen! „Auch ich wagte nicht zu glauben“, schrieb Borzini, „daß wir in der festgesetzten Zeit unser Ziel erreichen könnten. Unser Wagen hatte außer dem Fürsten und mir noch einen Passagier, einen Mechaniker, der uns im Notfall helfen sollte. Wir hatten Lebensmittel in genügenden Mengen und führten außerdem zwei eiserne Schienen mit für den Fall, daß wir durch Sumpfgelände zu fahren hätten. Die ersten spannenden Erlebnisse hatten wir an der chinesischen Mauer. Dort in den Engpässen mußte das Auto gezogen werden. Als die Einwohner uns sahen, rannten sie zuerst entsetzt davon. Es war sehr schwer, sie zu bewegen, sich dem rollenden Ungeheuer zu nähern. Durch reichliche Geldgaben gelang es uns endlich, die Hilfe der Chinesen zu erlangen. Nach mehreren Tagen anstrengender Fahrt erreichten wir die Wüste Gobi. Unser Auto war das erste, das sie durchquerte. Die Sonne brannte wie Feuer, und die Luft war so klar, daß man jeden Begriff von der Entfernung verlor. Der Anblick der ungewohnten Landschaft war aber so einzigartig, daß ich diesen Eindruck nie im Leben vergessen werde. Wir wagten in der erhabenen Stille kaum zu sprechen und freuten uns, als wir endlich durch eine Herde Antilopen fuhren; das waren wenigstens lebende Wesen wie wir. Mitten in der Wüste entdeckten wir, daß unser Wagen zu schwer belastet war. Was sollten wir anfangen? Die Schienen konnten wir unmöglich entbehren; so mußten wir uns entschließen, einen Teil der Lebensmittel zu opfern. Wir behielten einen Vorrat für drei Tage und wogten gar nicht daran zu denken, was geschehen würde, wenn unsere Maschine plötzlich streiken sollte. Es ging aber alles, Gott sei Dank, gut, und in drei Tagen hatten wir die Wüste hinter uns. Als wir uns der ersten russischen Telegraphenstation näherten, freuten wir uns, die erste Meldung nach Europa ablesen zu können. Ich bemerkte, daß der Telegraphenbeamte mein Telegramm mit Nummer 1 signierte, und ich fragte, ob es das erste Telegramm in diesem Monat sei. Er lachte bloß und sagte, daß es überhaupt das erste Telegramm sei, das er von dieser weitfremden Station abschickte, obwohl er schon sechs Jahre in seiner Stellung sei. In Sibirien brach unter unserem Wagen eine hölzerne Brücke zusammen. Das Auto blieb beinahe mitten in der Luft schweben. Fürst Borghese hatte die Geistesgegenwart, augenblicklich aus dem Wagen herauszuspringen; wir folgten seinem Beispiel, und es gelang uns, unter vereinigten Anstrengungen, den Wagen aus der gefährlichen Lage zu befreien. Unsere Fahrt kann man mit Recht als den Anfang des Automobilzeitalters bezeichnen!“

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
7 1/2 Uhr: Schatzgräber
Schauspielhaus
8 Uhr: Maß für Maß
Schiller-Theater
8 Uhr: Ehrenbürger

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
9 1/2 Uhr: Ende ab 10 Uhr
Letzte 3 Vorstellungen

Der Snob
Komödie von Carl Sternheim
Freitag, den 1. Juli,
8 Uhr:
Zum 1. Male
**Der keusche
Lebemann**

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Der Jahrmarkt von
Sorotschin tzi

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr: Ende 10 1/2 U.
Der Hexer

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr: Ende 10 U.
Letzte 3 Vorstellungen

Papiermühle
Lustspiel von Georg Kaiser

Walhalla-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Werbelage
**Die Mädchen-
verführer**

Sensationsstück in
4 Akten von Wald.
Parkett statt 4 Mk.
nur 60 Pfg. auch
Sonntags.

Komische Oper
8 1/2 Uhr
**Berlins einzigste Revue:
Streng verboten!!!**
Die Revue der verbotenen Leidenschaft!
Über 200 Mitwirk. u. 8 Balletts.
Vorverkauf s. f. Theaterhaus ab 10 Uhr sonntags

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Ein
Sommerstraßentraum.
Morgen 8 Uhr:
Ein
Sommerstraßentraum.

Metropoli-Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr
**Glück in der
Liebe**

Thalia-Theater
Täglich 8 Uhr:
**Wenn der junge
Wein blüht**

Lessing-Theater
8 1/2 Uhr:
Eugen Klopfer mit
seinem Ensemble
Abgemacht — Kod!

Lehrer-Schüler
Th. Königstr. 2110
8 Uhr:
Die Schule v. Uznach

Homödienhaus
Norden 5304
8 Uhr:
Weiße Fracht

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr
vom 16.-30. Juni
Gastspiel
der Original
Leipziger-
Fritz-Weber-Sänger

Der Wahre Jacob
das altbekannte Witzblatt, das seinen Weltruf
längst vor dem Kriege eroberte, erscheint wieder
ab 9. Juli an Stelle von „Lachen Links“

Der Wahre Jacob ist auf 16 Seiten Umfang erweitert
Der Wahre Jacob hat 8 farbige Kupfertiefdruck-Seiten
Der Wahre Jacob erscheint 14 tägig
Der Wahre Jacob kostet trotz der vielseitigen Ver-
besserung nur 30 Pfennig

Die Neubestellungen nehmen täglich zu!
Schließe dich den Hunderttausenden an!

Abonniere noch heute bei deiner Volksbuchhandlung, bei
der Post, bei deinem Zeitungsboten oder direkt beim

Verlag J. H. W. Dietz Nachf.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3

So
führt sich der Wahre Jacob ein!!!

Das alte Witzblatt, der Wahre Jacob, soll in Kürze wieder
erscheinen. Auf die Veranstaltung, die sich eine große Anzahl von
Abonnenten auf den „Wahren Jacob“ bei uns eingekauft hat,
sind wir sehr stolz. Die neue Ausstattung des Wahren Jacob
erschließt sich aus dem Titel. Die neue Ausstattung des Wahren
Jacob, die alle Abnehmer auf ihre Beachtung kommen werden.
Die neue Ausstattung des Wahren Jacob, die alle Abnehmer auf
ihre Beachtung kommen werden. Die neue Ausstattung des Wahren
Jacob, die alle Abnehmer auf ihre Beachtung kommen werden.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Frauenvereinigungen.**
Donnerstag, den 30. Juni, abends
8 Uhr, in unserer Kulturabteilung,
Linienstr. 197
(gegenüber dem Fernbahnhof):
Filmvorträge.
Aus dem Programm: 1. Summofest,
2. Aufklärung in der Arbeit, 3. Mutter,
Rach dem Roman von Maxim Gorki.
Die Ausgabe der Karten erfolgt
im Arbeiterinnen-Gesetzblatt.

Achtung! Graveure und Zifeleure!
Donnerstag, den 30. Juni, nachm.
5 Uhr, im Gewerbehaus,
Stalhofer Straße 128

**Branchenversammlung
der Graveure und Zifeleure.**
Tagesordnung: 1. Vortrag über:
„Der englische Anti-Gewerkschafts-Gesetz-
entwurf“, 2. Diskussion, 3. Branchen-
angelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Achtung! Chirurgie-Mechanik!
Donnerstag, den 30. Juni, nachm.
5 Uhr, im Portecafé des Verbands-
hauses, Linienstr. 63/65

**Branchenversammlung
aller in der Chirurgie-Mechanik
beschäftigten Kolleginnen u. Kollegen.**
Tagesordnung: 1. Bericht vom
den Tätigkeitsberichten, 2. Diskussion
3. Branchenangelegenheiten und Ver-
scheidenes.
Das Erscheinen aller ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung.

Eduard Steinbrenner
Kreuzstr. 18, Berlin SW 19
67 Jahre alt, am 24. Juni verstorben.
Nachgelassen hat er Frau für die
Betreiberin, seitwärtig als
Leiterin unterer Abteilung. Sein An-
denken wird unerschütterlich bleiben.
Zur Einäscherung am Mittwoch
um 12 Uhr im Krematorium Baum-
schuldenweg erwartet zahlreiche Be-
teiligung.
Der Vorstand der 90. Abt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Ökonomie-
Fritz Pankratz
am 24. d. M. an Lungenerkrankung
gestorben ist.
Ohne seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Dier-
tag, den 28. Juni 1927, nachmittags
5 1/2 Uhr, im Krematorium Baum-
schuldenweg statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

WINTERGARTEN
im Rahmen des neuen
Varieté-Spielplans
DAGMA
das ungelöste Rätsel.
Rauchen gestattet!

Verkäufe
Kleiderwagen durch Plattenbau auf
meine großen prima Briten- und Kisten-
wagen selbst leicht herstellbar. Georg
Wagner, Kapellenstraße 71, Hof, Rein
Laden, dafür billigere Preise.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Von Kanarienvogel wenig getragene so-
wie neue Herrengarderobe verkauft
spottbillig beihaus Friedrichstraße 2,
Reine Kommoden.

Möbel
Wollschleifende mit Spiegel 85,-
große 95,-, Bettstellen, Sofas, Küchen,
Schlafzimmer, sämtliche Einrichtungs-
gegenstände, zahlungserleichterung zu Kassapreisen.
Stein, nur Anklamstraße 20.

Einzelne Möbel
Wollschleifende, Bettstellen, Sofas, Küchen,
Schlafzimmer, sämtliche Einrichtungs-
gegenstände, zahlungserleichterung zu Kassapreisen.
Stein, nur Anklamstraße 20.

Die Ereignisse in China!
Bitte aufbewahren!
1. Fortsetzung folgt.
Ich, Tschin-Sin-Lün, Mandarin vierter Klasse, habe mir
vorgeworfen, den Lesern dieser Zeitung verschiedene Sitten,
Gebräuche und Einrichtungen meines Vaterlandes in Wort
und Bild zu schildern, wie sie sich seit dem Ausbruch des
großen europäischen Friedens gestaltet haben.
Seit Jahrzehnten zerbrechen sich unsere ungenutzten
Freunde, die Engländer, — unsere edelen Wohlthäter, die Ameri-
kaner, — die ritterlichen Franzosen — und unsere lieben Nach-
barn, die Russen, — unsere Köpfe darüber, was zu unserem
Wohle noch geschehen könnte. Ueber die Erfolge dieser Be-
strebungen später mehr. Deutschland, zuerst die mach-
tigste Großmacht, hat uns kein Ultimatum und keinen Panzer-
kreuzer geschickt, sondern nur die freundliche Aufforderung:
Kürirolen Sie!
Von allen Errungenschaften der westlichen Kultur
schätzen wir nur das Kürirol. — Beispielsweise ist das muskel-
und nervenstärkende Kürirol-Fußball für Alle, die viel gehen
und stehen müssen, eine wahre Wohltat, denn es erfrischt
und kräftigt die Fülle, wodurch das schnelle Ermüden der Füße
verhindert wird. Es verhilft auch das Schwitzen, Brennen
und Wundlaufen der Füße.
Das vielmillionenfach bewährte Kürirol-Höhneraugen-
Pflaster entfernt schmerz- und gefahrlos in wenigen Tagen
selbst das dickste Höherauge.
Der Kürirol-Streupuder ist Allen zu empfehlen, die
an Fußschwellen leiden, ist aber zugleich ein vorzüglicher
Puder für wunde Haut bei Kindern und Erwachsenen.
Kürirol-Fußbad Spargelung für 5 Bäder 7 Mark
Probepackung für 3 Bäder 50 Pfg. Kürirol-Höhneraugen-
Pflaster 75 Pfg. Kürirol-Streupuder 75 Pfg. Sie erhalten
die Kürirol-Erzeugnisse in Apotheken und Drogerien. Lesen
Sie sich aber nicht etwa minderwertige Nachahmungen mit
ähnlich klingenden Namen aufreden! Verlangen Sie aus-
drücklich das echte Kürirol!
Sämtliche Kürirol-Präparate und die Kürirol-Einlege-
sohlen 16 Paar 50 Pfg.) sind auch in den Drogerie-Abteilungen
der Warenhäuser Kaufmann, Hermann Tiersch und A. Wertheim
erhältlich.
Kürirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg.



Die Ereignisse in China!
Bitte aufbewahren!
1. Fortsetzung folgt.
Ich, Tschin-Sin-Lün, Mandarin vierter Klasse, habe mir
vorgeworfen, den Lesern dieser Zeitung verschiedene Sitten,
Gebräuche und Einrichtungen meines Vaterlandes in Wort
und Bild zu schildern, wie sie sich seit dem Ausbruch des
großen europäischen Friedens gestaltet haben.
Seit Jahrzehnten zerbrechen sich unsere ungenutzten
Freunde, die Engländer, — unsere edelen Wohlthäter, die Ameri-
kaner, — die ritterlichen Franzosen — und unsere lieben Nach-
barn, die Russen, — unsere Köpfe darüber, was zu unserem
Wohle noch geschehen könnte. Ueber die Erfolge dieser Be-
strebungen später mehr. Deutschland, zuerst die mach-
tigste Großmacht, hat uns kein Ultimatum und keinen Panzer-
kreuzer geschickt, sondern nur die freundliche Aufforderung:
Kürirolen Sie!
Von allen Errungenschaften der westlichen Kultur
schätzen wir nur das Kürirol. — Beispielsweise ist das muskel-
und nervenstärkende Kürirol-Fußball für Alle, die viel gehen
und stehen müssen, eine wahre Wohltat, denn es erfrischt
und kräftigt die Fülle, wodurch das schnelle Ermüden der Füße
verhindert wird. Es verhilft auch das Schwitzen, Brennen
und Wundlaufen der Füße.
Das vielmillionenfach bewährte Kürirol-Höhneraugen-
Pflaster entfernt schmerz- und gefahrlos in wenigen Tagen
selbst das dickste Höherauge.
Der Kürirol-Streupuder ist Allen zu empfehlen, die
an Fußschwellen leiden, ist aber zugleich ein vorzüglicher
Puder für wunde Haut bei Kindern und Erwachsenen.
Kürirol-Fußbad Spargelung für 5 Bäder 7 Mark
Probepackung für 3 Bäder 50 Pfg. Kürirol-Höhneraugen-
Pflaster 75 Pfg. Kürirol-Streupuder 75 Pfg. Sie erhalten
die Kürirol-Erzeugnisse in Apotheken und Drogerien. Lesen
Sie sich aber nicht etwa minderwertige Nachahmungen mit
ähnlich klingenden Namen aufreden! Verlangen Sie aus-
drücklich das echte Kürirol!
Sämtliche Kürirol-Präparate und die Kürirol-Einlege-
sohlen 16 Paar 50 Pfg.) sind auch in den Drogerie-Abteilungen
der Warenhäuser Kaufmann, Hermann Tiersch und A. Wertheim
erhältlich.
Kürirol-Fabrik Kurt Krisp, Groß-Salze bei Magdeburg.

Theater des Westens
8 1/2 Uhr:
**Heinrich Heines
erste Liebe**

Rose-Theater
Gartenbühne
8 1/2 Uhr: **Konzert
und Bunter Teil**
8 Uhr:
Der Vogelbändler
8 1/2 Uhr:
**Lamprechts
Lore**

Neues Theater am Zoo
8 1/2 Uhr:
**Ueber 200 mal
Dorine und der Zufall**
Nitter, Sabo, Paulig,
Charlé, Erhart,
Hardt, Wilfan

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr:
„Der Apfel“
Wer probt, der lobt,
Vorzügliche Natur-
Butter 1.40
und 1.60 pro Pfund.
Wagner, Berlin 50
Marlannenstraße 34

Reichshallen-Theater
8 Uhr:
Steffiner Sänger
Zum Schluß:
**„Eine Hochzeit in der
Müllerstraße“**
Dönhoff-Brettli:
Varieté, Konzert, Tanz

**Volkstag
Luna Park**
FEUERWERK
51 Eintritt 60 PFG

Für die aus Anlaß unserer Silber-
hochzeit dargebrachten Glückwünsche
und große Überreichung sagen wir
allen Genossen, Genossinnen und
Kollegen unter herzlichem Dank.
Karl Witte u. Frau.
Ein.-Buch, im Juni 1927.

Am Sonntag, dem 26. d. Mts. früh 6 Uhr,
nachdem nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber
unvergesslicher Mann, unser treuherziger Vater und
Großvater, der Schwärmer
Johannes Schilling
im 56. Lebensjahre, kurz vor seinem Berufsabschied,
Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend, im Namen
der Hinterbliebenen an
Frau Theresia Schilling, geb. Schmidt.
Berlin, Kurfürststr. 14, den 27. Juni 1927.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 30.
d. Mts., nachm. 4 Uhr, auf dem St. Matthäusfriedhof
Marienhöhe bei Südenheide statt. Fahrverbindung:
Straßenb. 60 u. 199 bzw. Stabth. Steinen Marienhöhe.

Für die anlässlich des Hinscheidens meines guten
Mannes, unseres Vaters, Bruders, Schwagers und
Onkels, des Theaterdirektors
Arthur Rannow
bewiesene übergroße Teilnahme und die zahl-
reichen Blumenpenden sprechen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten unseren
innigsten Dank aus.
im Namen der Hinterbliebenen
Maria Rannow, geb. Poehle.
Berlin, den 27. Juni 1927.
Kastanienallee 7/9.

Fahrräder
Drei Welt-Wochenende, 15 Welt-Wo-
chenende, für ein erschwingliches Radren-
nen, Fahrradhaus Zentrum, Linien-
straße 10/11.

Kaufgesuche
Fahrräder, Silberfäden, Rinn, Welt,
Quersilber, Goldsilber, Goldsilber,
Röpenstraße 59 (Koblenzstraße).

Unterricht
Privatstiel, Einzelunterricht, Russi-
sch, Französisch, Englisch, Buchführung,
Bücherreife Kultur, Gelehrtenstr. 1,
Spittelmarkt.

Verschiedenes
Rechtsbureau Gieseler, Chaussee-
straße 77, Fernsprecher Norden 7888,
Beobachtungen, Ermittlungen, Aus-
künfte allerorts.

Geldverkehr
Wandlung, Späthelshaus, Lange,
Korallenstr. 10/11, Berlin.

Arbeitsmarkt
Stellengesuche
Sänger, Arbeiter, Metzger, (auch
Erdung in Paris) für bis 1000
früher als Buchhalter usw. Angebote
erbeten unter P. 35 an den „Vorwärts“.

Stellengesuche
Wissenschaftler, gelehrt, 11-15jähriges
Radrennen, (auch Schulhaus, Ringen),
Rein, Berlin.

Berliner Metallwerk
Suche für Kupfer- und Messingblech-
walzwerk einen
tüchtigen Vizemeister
zum sofortigen Eintritt. Angebote
mit Angabe der Gehaltsansprüche
und des frühesten Eintrittstermins,
nebst Bezeichnung der Zeugnisse, an
Herrn, Chiffre-Nr. R. 35 a. b. „Vorwärts“.

Abschluss zum 31. Dezember 1926
Inventur-Bilanz. — Verlust-, Gewinn-Rechnung

Konten	Aktiva	Passiva	Verlust	Gewinn
Grundstück, Soldiner Str.	90 000,—			
Bau Soldiner Str.	654 834,53			
Wohnungsfürs. Sold. Str.		388 390,—		
Hypoth. I Soldiner Str.		213 000,—		
Hypoth. II Soldiner Str.		48 930,—		
Unkosten Soldiner Str.			3 530,53	
Bank der Arbeiter		49,50		
Darmst. u. Nationalbank	18 727,20			
Berliner Stadtbank	1 100,14			
Postcheck	713,53			
Kasse	1 547,24			
Proj. Hohenschönhaus.		3 000,—		
Unkosten		9 099,51		
Inventur	1 300,—	146,53		
Zinsen		1 920,90		4,40
Mietstempel	508,45			
Wechsel	1 000,—			
Konto-Korrent	71 633,71	305 806,75		
Reservelosen		3 250,—		
Akzept		11 860,—		
Ordst. Breitenbachplatz	153 000,—			
Bau Breitenbachplatz	1061 367,55			
Wohn.-Fürs. Breitenbpl.		807 400,—		
Hypoth. Breitenbachpl.		557 497,58		
Miete Soldiner Str.			7 421,96	24 223,53
Hypothekenzinsen				
Gewinn und Verlust				
Vortrag v. 1925	464,29			
Gewinn 1926	1 629,41			
Geschäftsanteile		15 820,—		
	2052 778,62	2052 778,62	24 228,25	24 228,25

Obige Inventur sowie Verlust- und Gewinn-Rechnung habe
ich an Hand der mir vorgelegten ordnungsgemäß geführten
Bücher und weiteren Unterlagen aufgestellt und stehe für
die Richtigkeit derselben ein.
Berlin, den 8. Juni 1927. L. S. gez. Otto Schroeder,
beid. Bücherrevisor.
Der buchmäßige Gewinn ist auf neue Rechnung vorgetragen.

Bau- und Sparverein „Eintracht“
eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
zu Berlin.
gez. Bauer Schliesinger

Am 24. Juni d. J., abends 8 1/2 Uhr, verschied nach
langem, schwerem Leiden der Erste technische Direktor
der Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges.
Georg Tremus
Ehrenbürger der technischen Hochschule Charlottenburg.

Wir verlieren in ihm einen zielbewußten Mitarbeiter,
der trotz seines schweren Leidens bis in die letzten
Tage hinein seine großen Fähigkeiten, seine schnelle
Entschlußkraft mit rastlosem Fleiß und seltener Treue
unserem Unternehmen dienstbar gemacht hat.
Durch gemeinsame Arbeit eng mit ihm verbunden,
betrauern wir den Verlust eines aufrechten Mannes, der
sich ebenso durch seine Pflichttreue, wie durch seine
vorbildlichen Charaktereigenschaften und sein unbeir-
bares Gerechtigkeitsgefühl ein dauerndes Andenken
gesichert hat.

**Der Aufsichtsrat Der Vorstand
der Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges.**

Durch die Wahl unseres bisherigen 2. Redakteurs
zum leitenden Redakteur bei der Thüringer Zeitung
„Das Volk“ ist die Stelle eines
2. Redakteurs
freigeworden. Derselbe hat hauptsächlich Thüringer
Politik zu bearbeiten, muß aber auch befhähigt sein,
den ersten politischen Redakteur zu vertreten. Antritt
möglichst sofort! Offerten mit Gehaltsansprüchen
erbiten wir bis 10. Juli unter der Anschrift: Be-
werbung um den 2. Redakteurposten
an die Geschäftsstelle des „Volk“,
Jena, Spitzweidenweg Nr. 7.

Fachmann
Der Inhaber ist eine Fabrik, auf die mo-
derne Art einzurichten und zu leiten.
Teilnahme nicht ausgeschlossen. Sofort
bestehende, wunber. Wohnung am Rhein
vorhanden. Aufgehoben mit Referenzen u.
K. E. 3765 bei Rudolf Mosse, Köln a. Rh.

Arbeitsmarkt
Stellengesuche
Sänger, Arbeiter, Metzger, (auch
Erdung in Paris) für bis 1000
früher als Buchhalter usw. Angebote
erbeten unter P. 35 an den „Vorwärts“.

Stellengesuche
Wissenschaftler, gelehrt, 11-15jähriges
Radrennen, (auch Schulhaus, Ringen),
Rein, Berlin.

Berliner Metallwerk
Suche für Kupfer- und Messingblech-
walzwerk einen
tüchtigen Vizemeister
zum sofortigen Eintritt. Angebote
mit Angabe der Gehaltsansprüche
und des frühesten Eintrittstermins,
nebst Bezeichnung der Zeugnisse, an
Herrn, Chiffre-Nr. R. 35 a. b. „Vorwärts“.